



ZeitenWENDE

Partei-Magazin für Mitglieder und Interessenten



Das Motto der etablierten Parteien:

**Nichts sehen,
nichts hören,
nichts sagen.**

Bis es (fast) zu spät ist ...

Wir sagen: Verantwortungsvolle Politik sieht anders aus!

Interne Hinweise, Veranstaltungstermine3

Tierrechte und Tierschutz
 Ministerin Aigner und das Antibiotika-Problem4
 Massentierhaltung – Tendenz steigend ...6
 Wenn Sport zum Mord wird8
 Das Säuberungsprogramm 10
 Käfige: Zu groß zum Sterben – zu klein zum Leben 12

Politik
 Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen – bis es (fast) zu spät ist 13
 Der Wulff im Schafspelz 14
 Ist der Euro noch zu retten? 15

Umweltschutz
 Die Monsanto-Story 16
 Jeden Monat ein anderes Wetter 18

Lebensstil
 We go Veggie 19

Aktionen im Fokus
 Wir haben es satt! 20
 VeggieWorld 2012 21
 Zum Verdruss der Jäger... 22

Essays und Ethik
 Revolutionen beginnen im Kopf! 23

Internes
 Funktionsträger, Kontakt-Adressen, Info-Material 25
 Landesverbände in Aktion 27
 Sondersitzung Satzung 30
 In der Höhle der Löwen 31

Verschiedenes
 Literaturempfehlungen 32
 Restaurant-Empfehlung, veganes Rezept, Impressum 33
 Leser/innenbriefe 34

Aktuelles in letzter Sekunde
 Ein Wettlauf mit der Zeit 35
 Positiv-Nachrichten 36



Liebe Parteimitglieder und Interessenten,

sich blind und taub stellen, zu skandalösen Zuständen schweigen und Missstände als gegeben hinnehmen – damit wird man fast tagtäglich im Umgang mit der Spezies Mensch konfrontiert. Wahre Meister aber im Ignorieren und Verdrängen sind zweifellos die Politiker/innen der etablierten Parteien im Deutschen Bundestag und in den Landesparlamenten! Als Vorsitzender unserer Partei selbst politisch aktiv, wird diese Einstellung der Damen und Herren Kollegen immer unerträglicher, zumal die Probleme nicht kleiner, sondern größer werden und man sich nichts sehnlicher wünscht als einen baldigen Paradigmenwechsel, der zu mehr Gerechtigkeit und Verantwortung für alle – Mensch, Tier und Natur – führt.

Diese Unerträglichkeit und die daraus resultierende Wut im Bauch über Merkel, Aigner und andere Politiker/innen in Amt und Würden, aber auch über die Spezies Mensch im Allgemeinen standen wieder einmal Pate beim Konzept dieser Ausgabe, die ganz unter dem gedanklichen Leitfaden „Sie hören nichts, sehen nichts, sagen nichts“ entstand.

Dass das Redaktionsteam keine Probleme bei der Suche nach geeigneten Themen unter diesem Leitfaden hatte, ist für uns ein Indiz, dass leider die Mentalität des Wegsehens und Verschweigens sowohl auf der politischen Bühne als auch in unserer Gesellschaft stark ausgeprägt ist. Diese Erkenntnis ist geeignet, mutlos zu werden und den Kampf gegen die Betonköpfe aufzugeben, aber sie ist gleichzeitig auch ein Ansporn, nicht vor der Dummheit, Oberflächlichkeit und Gefühlskälte zu kapitulieren.

Ein gutes Beispiel dafür, dass man nicht gleich kapitulieren soll, war die schier unglaubliche Leistung von Michael Siethoff und seiner Truppe in NRW. Sie haben in nur 5 Werktagen 1 119 Unterstützungsunterschriften gesammelt und können an der vorgezogenen Landtagswahl teilnehmen. Es bleibt zu hoffen, dass aus Wut-Bürgern (die soll es auch noch geben) MUT-Wähler werden und sich nicht alle vom grassierenden Piratenfieber anstecken lassen. Die bereits Infizierten dürften für die Piraten aber ausreichen, um den Landtag in Düsseldorf zu entern. Ob sich dadurch aber tatsächlich etwas ändert, ist kaum anzunehmen, da sie erst einmal ihren realpolitischen Kurs finden müssen.

Unser Kurs liegt jedenfalls an: Reformierung der Partei durch eine zukunftsorientierte Satzung und ein zeitgemäßes Grundsatzprogramm, Steigerung der Mitgliederzahlen und der Einnahmen und natürlich die Arbeiten für die kommenden Wahlen – vor allem im Hinblick auf die EU-Wahl 2014, bei der wir erstmalig durch den Wegfall der 5%-Hürde eine gute Chance haben, ein oder mehrere Mandate einzufahren. Was die Reform der Satzung betrifft, dürften wir im August auf einem Sonderparteitag einen großen Schritt vorwärtskommen. Um eine Verbesserung der Einnahmen zu erreichen, wurde die Finanzordnung bereits novelliert; sie wird dem Bundesparteitag am 23. Juni zur Abstimmung vorgelegt. Die Vorbereitungen zur Bundestagswahl – formelle Beantragung der Wahlteilnahme (BV und LVs), Wahlkampfprogramm, diverse Faltblätter und Plakate – sind bereits in vollem Gange. Es liegt aber noch viel Arbeit vor uns...

Ihnen wünsche ich viel Erkenntnisgewinn bei der Lektüre dieser ZeitenWENDE und des Buches „Fluch der Geburt“, das Sie mit dieser Ausgabe erhalten.

Ihr Stefan Bernhard Eck
 Redaktion ZeitenWENDE



LV Baden-Württemberg

Kontaktmöglichkeit über die Landesgeschäftsstelle (Tel. 07166-1480) oder über www.tierschutzpartei-bw.de.

LV Bayern

Kontaktmöglichkeit: Barbara Nauheimer, Tel. 08152-925326, E-Mail: barbara-nauheimer@tierschutzpartei.de.

LV Berlin

Informationstreffen jeden ersten Mittwoch im Monat um 19:00 Uhr. Ort: Rathaus Wilmerdorf, Fehrbelliner Platz 4, Raum 1141. Weitere Infos über berlin@tierschutzpartei.de.

LV Brandenburg

Kontaktmöglichkeit: Kenneth Ehlers, Tel. 03361-307610, E-Mail: kenneth-ehlers@tierschutzpartei.de.

LV Hamburg

Kontaktmöglichkeit: Bettina Jung, Tel. 04165-224859, E-Mail: bettina-jung@tierschutzpartei.de.

LV Hessen

Kontaktmöglichkeit: Christa Rust, Tel. 069-5602163, E-Mail: christa-rust@tierschutzpartei.de.

LV Niedersachsen

Kontaktmöglichkeit: Margret Giese, Tel. 05331-904525, E-Mail: margret-giese@tierschutzpartei.de.

KV Delmenhorst – Wesermarsch – Oldenburg-Land

Kontaktmöglichkeit: Hans-Ulrich Adler, Tel. 04223-2195, E-Mail: ulrich-adler@tierschutzpartei.de.

LV Nordrhein-Westfalen

Kontaktmöglichkeit: Michael Siethoff, Tel. 02371-52330 (werktags ab 20.00 Uhr), E-Mail: michael-siethoff@tierschutzpartei.de.

LV Rheinland-Pfalz

Kontaktmöglichkeit: Petra Kuppinger, Tel. 06131-678332, E-Mail: petra-kuppinger@tierschutzpartei.de.

LV Saarland

Kontaktmöglichkeit: Stefan Eck, Tel. 0681-9403207 (werktags von 14:00 bis 16:30 Uhr); E-Mail: stefan-eck@tierschutzpartei.de.

LV Sachsen-Anhalt

Kontaktmöglichkeit: Bettina Fassl, Tel. 0391-56390846, Fax: 0391-6077283, E-Mail: bettinafassl@aol.com.

LV Sachsen

Kontaktmöglichkeit: Geschäftsstelle des LV Sachsen, Tel. 034346-61475, E-Mail: andreas-hantzsche@tierschutzpartei.de.

LV Schleswig-Holstein

Kontaktmöglichkeit: Bundesgeschäftsstelle oder Ulla Schloon, Tel. 040-72730261, E-Mail: ulla-schloon@tierschutzpartei.de.

LV Thüringen

Kontaktmöglichkeit: Harald v. Fehr, Tel. 03621-400766, Fax: 03621-506611, E-Mail: harald.von-fehr@tierschutzunion.de, Ansprechpartner im „Netzwerk bundesweiter Tierschutz-Notruf“ (0700 - 58585810).

Veranstaltungstermine

Welthungerdemo in Köln

Unter dem Motto „Demo gegen den Welthunger durch Fleischkonsum, Essen für alle, statt Luxus für Reiche!“ findet am 05.05.2012 in Köln eine Protestkundgebung statt. Treffpunkt ist der Hauptbahnhofvorplatz, Infostände ab 10.30 Uhr, Demobeginn: 13 Uhr. Kommen Sie nach Köln und fordern Sie mit den „Die Tierfreunde e.V.“ eine gerechtere Verteilung der Ressourcen und ein Ernährungssystem ohne Hunger! Am Treffpunkt vor dem Kölner Hauptbahnhof wird es diverse Infostände von Gruppen aus verschiedenen sozialen Bewegungen geben. Der Demozug durch die Innenstadt wird an unterschiedlichen Punkten mit Zwischenstopps auf die vielschichtigen Probleme in unserer Gesellschaft hinweisen, die alle zum Welthungerproblem beitragen. Ihre Fragen richten Sie bitte per E-Mail an: koeln@welthungerdemo.de, weitere Informationen siehe: www.welthungerdemo.de.

Fortbildungsseminar „Achtung Mitwelt“

Vom 09.07.2012 bis 14.07.2012 findet in Bergisch Gladbach ein Fortbildungsseminar zur/zum „Mitweltpädagogin/pädagogen“ statt. Wer daran teilnehmen möchte, sollte sich spätestens bis zum 31.05.2012 anmelden bei: Bildungsinitiative „Achtung Mitwelt“, Regina Kowalzik, Franz-Coenen-Str. 15, 51429 Bergisch Gladbach, Tel.: 02204-810789, E-Mail: info@achtung-mitwelt.de. Themen des Seminars: Mensch-Tier-Beziehung und Schule – Analysen, Perspektiven und Beispiele aus der Praxis; Bedeutung der Tiere für den Menschen: Eigenwert und „Nutz“-wert; Auswirkungen unserer Lebens- und Ernährungsgewohnheiten auf unsere Mitwelt und uns selbst; Kinder und Tiere.

Sonderparteitag am 25. August 2012

In diesem Jahr findet am 25.08.2012 in Frankfurt am Main, Musikübungszentrum (MÜZ), Rödelheimer Str. 38, ein Sonderparteitag zwecks Beschluss über die Neufassung der Bundessatzung statt. Beginn: Voraussichtlich 11 Uhr, Ende gegen 19 Uhr. Weitere Informationen einschließlich der relevanten Unterlagen erhalten Sie mit der schriftlichen Einladung.

„VeggieWorld“ in Düsseldorf

Nach dem riesigen Erfolg der diesjährigen Messe „VeggieWorld“ in Wiesbaden mit weit über 20 000 Besuchern veranstaltet der Vegetarierbund Deutschland (Vebu) am 01. und 02. 09.2012 eine zweite Messe in Düsseldorf. Die Partei Mensch Umwelt Tierschutz ist wieder mit einem Info-Stand dabei. Weitere Infos: www.vebu.de

29. Bundesparteitag

Am 23.06.2012 findet in Frankfurt am Main, Musikübungszentrum (MÜZ), Rödelheimer Str. 38, der 29. Bundesparteitag der Partei Mensch Umwelt Tierschutz statt. Dieser Parteitag, an dem auch wieder die MUT-Medaille verliehen wird, beginnt um 10:30 Uhr und endet voraussichtlich gegen 19:00 Uhr. Weitere Informationen einschließlich der Tagesordnung und der relevanten Unterlagen erhalten Sie wie immer mit der schriftlichen Einladung. Gäste (vorherige Anmeldung in der Bundesgeschäftsstelle erbeten) sind herzlich willkommen.



Sie sah nichts, hörte nicht, sagte nichts – bis es zu spät war:

Ministerin Aigner und das Antibiotika-Problem

Es gehört wohl zu den größten Sünden des Menschen, dass er die Antibiotika, diese vielfach lebensrettenden „Wunderwaffen“, durch hemmungslosen Missbrauch stumpf gemacht hat – und es ist symptomatisch, dass dies in erster Linie auf dem Wege der grenzenlosen Tierausbeutung geschah!

Das therapeutische Potential der Antibiotika beruht auf der antibiotischen, also bakterientötenden Wirkung von Schimmelpilzen. Bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert gab es erste Erkenntnisse darüber, aber erst ca. 50 Jahre später, 1928, machte der schottische Bakteriologe Alexander Fleming (1881 – 1955) zufällig die Entdeckung, die einen Wendepunkt in der Geschichte der Medizin einläutete: Auf einem mit Bakterien besetzten Nährboden hatte sich, was Fleming nicht ahnte, nach einigen Wochen ein Schimmelpilz gebildet, der die Vermehrung der Keime verhindert hatte. Das Penicillin war geboren und wurde von seinem Entdecker mit diesem Namen getauft. 1942 konnte der erste Patient damit behandelt werden, und es begann der eigentliche Siegeszug der neuen Wunder-

waffe gegen lebensbedrohliche Entzündungen. Bisher tödlich verlaufende Infektionen wie Typhus und Tuberkulose und viele andere Krankheiten konnten nun ausgeheilt werden.

Im Jahr 1945 bekam Fleming – zusammen mit zwei weiteren Wissenschaftlern – den Nobelpreis. Penicillin trug vor allem im Zweiten Weltkrieg zur Rettung unzähliger Menschen bei und wird auch heute noch eingesetzt. Leider sind mittlerweile aber zahlreiche Bakterienstämme dagegen resistent geworden, ebenso wie gegen weitere Antibiotika wie Streptomycin, Tetracyclin und viele andere.

Diese zunehmenden Antibiotika-Resistenzen nehmen in der Humanmedizin immer bedrohlichere Formen an. Seit ca. 30 Jahren hat sich die Resistenzsituation im

Krankenhausbereich bei vielen Bakterienarten gegenüber zahlreichen Antibiotika deutlich verschlechtert. Laut Weltgesundheitsorganisation WHO ist jährlich ein Drittel aller Todesfälle auf Infektionen zurückzuführen. Vor allem die mehrfach resistenten Bakterien „MRSA“ rufen mannigfaltige Infektionen hervor, sodass z. B. Wundinfektionen nach Operationen zunehmend tödlich verlaufen. Wenn dann noch alternative Antibiotika wie z.B. Vancomycin nicht mehr wirken, ist definitiv das Ende der Therapierbarkeit erreicht – ein wahres Schreckgespenst.

Mehr und mehr zeichnet sich ab, dass neben dem übermäßigen Einsatz von Antibiotika in der Humanmedizin auch andere Faktoren für die Resistenzbildung mitverantwortlich sind, insbesondere die Veteri-

närmedizin. Auch Antibiotika-belastete Ausscheidungen von Mensch und Tier in die Umwelt, etwa mit dem Abwasser oder mit Klärschlamm und Gülle, verschärfen das Problem. So werden bis zu 90 Prozent der in der Tiermast eingesetzten Antibiotika wieder ausgeschieden.

Auch die Kontamination der Umwelt mit Antibiotika in Form von Pflanzenschutzmitteln oder in Fischzuchten sowie die unkontrollierte Entsorgung von Medikamenten im Haushaltsabwasser spielen eine Rolle.

Die Gefahr durch die Aufnahme bereits resistenter Bakterien über Lebensmittel, wodurch sog. Zoonosen entstehen, also Krankheiten, die zwischen Tier und Mensch übertragen werden können, nimmt ständig zu; man erinnere sich an die EHEC-Krise. Infolge der schlechteren Therapierbarkeit ist davon auszugehen, dass es auf diesem Wege zunehmend zu Todesfällen kommen wird. Erst kürzlich wurden seitens des BUND anhand von Stichproben bei „Geflügel“ in Supermärkten und Discountern in jeder zweiten Packung gefährliche Keime gefunden.

Antibiotika-Einsatz in der Tiermedizin mit fatalen Folgen

Seit der Entwicklung der Antibiotika wurden weltweit rund 1 Million Tonnen in der Veterinärmedizin verbraucht. Mit Beginn des Jahres 2006 wurde ihr Einsatz als Wachstumsförderer EU-weit verboten und nur zur Therapie von Infektionskrankheiten weiterhin erlaubt. Erstaunlicherweise gab es aber keinen Rückgang im Umsatz, im Gegenteil: Er stieg sogar bis zu 9 Prozent an – der beste Beweis dafür, dass flächendeckend Gesetzesbrüche begangen wurden!

Erst eine kürzlich durchgeführte Studie des nordrhein-westfälischen Verbraucherschutzministeriums brachte es an den Tag, dass der Medikamenteneinsatz in der „Hähnchenmast“ die Regel ist – mehr als 96 Prozent der Tiere bekamen in ihrem kurzen Leben von ca. 35 Tagen bis zu 8 verschiedene Antibiotika. In 182 Betrieben wurden „Hähnchen“ in insgesamt 962 Zuchtdurchgängen untersucht. Die Studienergebnisse, so heißt es, seien bundesweit übertragbar. Die Bundesregierung hatte sich jahrelang in Schweigen gehüllt und den offensichtlichen Gesetzesbrüchen tatenlos zugehört!

Auch in Niedersachsen wurde recherchiert: Sämtliche Kälbermastbetriebe verwenden Antibiotika, darüber hinaus 92

Prozent Betriebe in der Putenmast, 83 Prozent in der „Hähnchen“- und 77 Prozent in der Schweinemast. Ein Übelstand: Beides, Verschreibung und Verkauf von Medikamenten liegt in den Händen von Tierärzten; ihnen dürfte daran gelegen sein, möglichst viel zu verkaufen!

Dr. Hermann Focke, ehemaliger Leiter des Veterinärsamtes im Landkreis Cloppenburg, der Region mit der größten Tierdichte Europas, kann als unbestechlicher Kronzeuge der unhaltbaren Zustände in den Intensivtierhaltungen gelten. In seinem Buch „Die Natur schlägt zurück. Antibiotikamissbrauch in der intensiven Nutztierhaltung und Auswirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt“ setzt er sich kritisch mit der agrarindustriellen Tiermast auseinander. In einem Interview legt er den Finger in die entscheidenden Wunden: In riesigen Mastställen sind bis zu 40 000 oder sogar 80 000 „Hähnchen“ mit bis zu 26 Tieren pro qm² zusammengepfercht. Bei „Geflügel“ kann man aufgrund der enormen Leistungssteigerung bereits von Qualzucht sprechen. Um die Mastergebnisse – gesetzeswidrig – zu verbessern, wird z.B. die für eine Heilbehandlung vorgegebene Antibiotikamenge auf 15 Tage gestreckt – so überleben die vitalsten der bakteriellen Keime und bilden Resistenzen, die noch an nachfolgende Bakterien-Generationen weitergegeben werden und neue Resistenzträger hervorrufen.

Nachdem nun das Kind schon in den Brunnen gefallen ist – laut Focke ist es bereits „Viertel nach zwölf“ – wird Frau Aigner zumindest zum Schein tätig und verspricht – unter ausdrücklicher Schonung der Pharmaindustrie – die Eindämmung des Antibiotika-Missbrauchs. Dazu das of-

fene Wort des unerschrockenen Dr. Focke: „Da die Wirksamkeit der Antibiotika ständig abnimmt, wird der Bedarf weiter zunehmen. Ein Weniger an Antibiotika ist nur möglich durch eine radikale Wende weg von der industriellen Tierausbeutung hin zu artgerechter Haltung, Fütterung und Züchtung.“

Damit schließt sich nun der Kreis zu den Todesfällen in den Krankenhäusern. O-Ton Herman Focke: „Die gravierendste Bedrohung für die menschliche Gesundheit sind Hospitalkeime, auch nosokomiale Keime genannt. Ein nicht unerheblicher Teil dieser Keime ist durch Antibiotikamissbrauch in der intensiven agrarindustriellen Nutztierhaltung quasi herangezüchtet worden und über aktive und passive Übertragungen in Krankenhäuser, Kliniken, Altenheime und Rehabilitationseinrichtungen gelangt. Hier können sie insbesondere bei Patienten mit geschwächtem Immunsystem, wie Babys, alten Menschen und Chemopatienten zu zum Teil schweren Sekundärerkrankungen führen. Von jährlich 14 Millionen stationären Patienten in Deutschland erkranken fast eine Million an nosokomialen Keimen. Nach Angaben des Robert-Koch-Instituts sterben jedes Jahr 15 000 von ihnen.“

Dr. Focke nennt die Dinge beim Namen, Frau Aigner aber verschweigt und vertuscht. Sie sollte sich an ihren Amtseid (Art. 56 Grundgesetz) erinnern und danach handeln: „Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren (und) Schaden von ihm wenden werde...“

Margret Giese

Redaktion ZeitenWENDE



Massentierhaltung in Deutschland

Tendenz steigend

Im Januar 2012 versammelten sich, wie bereits im Jahr zuvor, Tausende Menschen in Berlin, um zu demonstrieren – gegen Massentierhaltung, gegen unverhältnismäßig hohe EU-Subventionen für fleischproduzierende Unternehmen, gegen deutsche Politiker, die anscheinend den „Fleisch-Lobbyisten“ hörig sind.

Ein großes Aufbegehren mit präzisen Forderungen für eine umfassende, längst überfällige Reform! Leider antworten die Entscheidungsträger in den Ministerien auf diese Proteste nicht mit der notwendigen und gewünschten Konsequenz, sondern unterwerfen sich im Gegenteil weiterhin einzig den Prinzipien der Wirtschaft.

Egal, ob „Geflügel“, Schweine oder Rinder – Deutschland gehört zu den bevorzugten Standorten für industrielle „Viehzucht“, die mit EU-Millionen subventioniert wird. Wer aber glaubt, dass diese Fördermittel etwa mit strengeren Kontrollen in den Mastanlagen oder Schlachthöfen einhergehen, der irrt.

Laut einem Bericht vom BUND bleibt die Lebensqualität der Tiere in den subventionierten Anlagen bestenfalls gleich, in knapp der Hälfte der Fälle verschlech-

tert sie sich sogar noch. Subventioniert werden vor allem der Futtermittelanbau und der Fleischexport; die Gelder sind an keinerlei nachhaltige Ziele, wie zum Beispiel den Tier- und Umweltschutz gekoppelt. Das qualvolle Dahinvegetieren der „Nutztiere“ wird als Kollateralschaden für das Ziel, Milliardenprofite einzustreichen, bewusst in Kauf genommen – auch von der Politik, die der Fleischindustrie brav aus der Hand frisst. Selbst die furchterlichsten Skandalvideos aus der Massentierhaltung veranlassen die „Obrigkeiten“ zu keinem Handeln. Wie sonst kann man sich erklären, dass Wiesenhof, „Deutschlands Geflügelmarke Nr. 1“, trotz der schockierenden Bilder, die PETA 2011 veröffentlichte, weiter produzieren darf, als wäre nichts gewesen, und noch immer ein Logo trägt, das vor Zynismus nur so trieft. Zunächst als angeblicher Einzelfall unter

den Teppich gekehrt, wurde das Verfahren gegen Wiesenhof eingestellt. Mittlerweile hat die Generalstaatsanwaltschaft in Celle angeordnet, die Ermittlungen wegen Misshandlung von Hühnern auf einer Farm in Twistringen gegen Wiesenhof wieder aufzunehmen. Wenn es um Profite und die Interessen großer Unternehmen geht, verkaufen zwar die Politiker der etablierten Parteien ihre Seelen nur allzu leicht, die Richter und Staatsanwälte hingegen stellen sich in diesem Fall nicht mehr blind und taub, sondern orientieren sich am bestehenden Tierschutzgesetz und an § 20a GG. Für Wiesenhof dürfte diese Entwicklung nicht willkommen sein.

Das einzige Problem sind anscheinend nur die protestierenden Verbraucher. Aber auch hier weiß sich Deutschlands Lobbyministerin Ilse Aigner zu helfen, indem sie erst einmal stolz den deutschen Tierschutz





lobt und, um diesem Lob auch angebliche Taten folgen zu lassen, ein paar halbherzig ausgedachte Gesetzesnovellierungen ankündigt, die niemand so recht ernst nehmen kann, der noch bei klarem Verstand ist.

So setzt sich Aigner dafür ein, dass ab 2018 die Kastration von Ferkeln verboten wird, akzeptiert aber kaltherzig, dass bis 2017 die Tiere diese schmerzhafteste Prozedur ohne jegliche Betäubung über sich ergehen lassen müssen. Hochgerechnet sind das 125 Millionen Tierkinder, denen diese grausamen Schmerzen zugefügt werden. Ginge es um das Wohl der Tiere, dann würde ein solches, längst überfälliges Verbot umgehend umgesetzt werden.

Es lässt sich nur mit Feigheit und mangelnder Integrität erklären, dass die Ministerin dem Entwurf eines neuen Baugesetzes von Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Peter Ramsauer, bis kurz vor der Abstimmung entgegenwirkte. Diese Novellierung sollte (angeblich!) Kommunen und Gemeinden künftig rechtliche Möglichkeiten geben, den Bau von Megaställen zu verhindern. Dass Aigner ihren Widerstand letztendlich aufgab, ist wohl den Appellen aus der Bevölkerung zu verdanken. Für die Fleischindustrie ist das neue Gesetz nicht einmal ein kleiner Rückschlag, denn selbstverständlich gibt es wie üblich einige Hintertüren, die zu ihren Gunsten eingebaut wurden. In Wahrheit ist dieses Gesetz ein riesengroßes Täuschungsmanöver, denn beispielsweise sind die bereits im Bau befindlichen Anlagen ausgenommen, wodurch etliche der 900 geplanten Megaställe ungehindert errichtet werden können. Da das neue Baugesetz außerdem erst ab einer Anlagengröße für 3000 Schweine und 85 000 „Stück Mastgeflügel“ greift, könnte es gang und gäbe werden, dafür mehrere Ställe zu bauen, bei denen die ma-

ximale Anzahl der Tiere nur knapp unter dem erlaubten Grenzwert liegt. Dagegen können dann die Gemeinden nichts unternehmen.

Auch in diesen Anlagen sind die Lebensbedingungen für die Tiere nicht besser als in den riesigen Tierfabriken. Die Hühner werden auch weiterhin in ihrer kurzen Existenz weder Tageslicht zu sehen bekommen noch ausreichend Platz haben – verstümmelt, gemästet, überzüchtet und weit weg von jeder Natürlichkeit. Die Tiere sind so „designed“, wie es für diese tierquälerischen Haltungssysteme und für die Gewinne am passendsten ist. Sie wurden zu „Produktionseinheiten“ umfunktionierte; je effizienter, desto besser. Ihr trostloses Leben dauert nur so lange, bis der Produktionsprozess abgeschlossen ist.

In den Ladenregalen werden sie als billige Konsumgüter angeboten; die Preise pro Kilogramm ihres Fleisches spiegelt die mangelnde Wertschätzung dieser bedauernswerten Lebewesen wieder. Und aufgrund von Subventionen in Millionenhöhe wird sogar noch mehr Fleisch produziert, als die Konsumenten in Deutschland nachfragen. Jedes zehnte geschlachtete Schwein wird mittlerweile exportiert und sein Fleisch zu Dumpingpreisen verkauft. Wer kann hier noch an einen realistischen Ausstieg aus der Massentierhaltung glauben, ist Deutschland doch durch eine profitorientierte Agrarpolitik zu einer der wichtigsten Nationen für den Fleischexport aufgestiegen – nach China, USA und Brasilien an vierter Stelle im globalen Vergleich.

Schockierende Statistik: Die Fleischproduktion boomte 2011 wie nie zuvor! Die Produktionsmenge stieg gegenüber dem Vorjahr um 119 000 Tonnen auf den neuen Höchststand von 8,2 Millionen Tonnen, so das Statistische Bundesamt in

Kastration bis 2017 ohne Betäubung

Jedes zehnte geschlachtete Schwein wird exportiert

Wiesbaden. Im Jahr 2011 wurden in Deutschland 59,3 Millionen Schweine geschlachtet und 3,7 Millionen Rinder. Bei „Geflügel“ wird die Zahl der geschlachteten Tiere nur noch in Tonnen angegeben; in den Schlachthöfen stieg die Produktion von Hühner-, Enten- und Putenfleisch auf 1,4 Millionen Tonnen an. Kaum ins Gewicht fiel Schaf-, Ziegen- und Pferdefleisch mit einem Anteil an der Gesamterzeugung von zusammen 0,3 Prozent; es wurden 80 000 Lämmer, 25 000 Ziegen und 11 200 Pferde geschlachtet.

Tierzucht ist nach wie vor eine Garantie für grenzenlose Profite, aber auch für grenzenloses Tierleid. Solange die Konsumenten das „Nutztier“ als Massenware ansehen, dürfte sich daran auch nichts ändern. Solange Ministerin Ilse Aigner sich blind und taub stellt – wenn sie etwas sagt, kommen in der Regel nicht viel mehr als vage Absichtserklärungen heraus – müssen wir auch im Jahr 2012 mit einer weiteren Steigerung der Produktionszahlen rechnen. Solange Millionen von Menschen immer noch daran glauben, dass Fleisch ein Stück Lebenskraft sei, wird die Zahl der Tierfabriken weiter ansteigen. Es ist zu befürchten, dass Ministerin Aigner

auch weiterhin mit ihren verwässerten Gesetzen und ihrer Hörigkeit gegenüber den Agrarkonzernen und dem deutschen Bauernverband die Moral mit Füßen treten wird und wie bisher über das Leiden der Tiere hinwegsieht. Da bleibt nur zu hoffen, dass den Marionetten in Berlin eines Tages das Schnitzel im Halse stecken bleibt!

Die einzige Hoffnung ist eine erstarrende Partei Mensch Umwelt Tierschutz, deren erstes Ziel auf dem langen Weg zu einer Landwirtschaft ohne „Nutztiere“ der Ausstieg aus der tierquälerischen Intensivtierhaltung ist.

Franziska Schneider
Redaktion ZeitenWENDE



Tierquälerei auf der Galopprennbahn

Wenn Sport zum Mord wird

Ein Interview von Sabine Jedzig mit Frau Nico Welp, Vorstandsmitglied der „Pferdehilfe Sonnenhof e.V.“. Nico Welp ist mit Pferden aufgewachsen und diese Tiere bestimmen ihr gesamtes Leben. Vegane Ernährung sowie praktische Tierschutz- und Tierrechtsarbeit gehören seit 20 Jahren zu ihrem Alltag. Neben aktivem Pferdeschutz gehört auch die Aufklärung der Öffentlichkeit über den „Pferde-Rennsport“ zu ihrer Arbeit; dabei gewährt sie einen tiefen Einblick hinter die Kulissen.

Auf der Homepage der „Pferdehilfe Sonnenhof e.V.“ berichtet sie von dem ersten Pferderennen, das sie 1993 besuchte. Über die Erlebnisse von damals zu berichten, falle ihr immer noch schwer, es sei aber wichtig, weil sich bis heute die Zustände für die Rennpferde dieser Welt keinesfalls verändert hätten. Durch dieses Interview wollen wir mehr erfahren.

Frau Welp, was ist 1993 auf der Pferderennbahn passiert, dass es Ihnen heute noch schwerfällt, darüber zu reden?

Das „Steeplechase-Rennen“ in Pardubice (Tschechien) ist eines der brutalsten Pferderennen der Welt – für Wettjunkies und Zuschauer, die dabei ein paar tote Pferde wie auch schwer verletzte Jockeys gerne in Kauf nehmen, allerdings ein echter Adrenalinstoß. Dieses System bedient barbarische Sensationsgeilheit und es geht nach wie vor um den großen Sieg, um splinternde Knochen und hohe Wetteinsätze... es ist, was es ist: pure Grausamkeit gegen todgeweihte Pferde und die komplette Missachtung von Leben und Leiden.

Ich war damals sehr jung – vielleicht auch zu jung – und war auf dieses „Pferdeschlachthaus“ nicht vorbereitet. Ich bin aktives Mitglied bei der Tierrechtsorganisation Animal Peace, und das Rennen war meine erste Teilnahme an einer Animal

Peace-Aktion. Als wir mit unseren Störaktionen gegen das Rennen begannen, indem wir die Rennbahn besetzten, wurden wir von Polizisten und Wachleuten zusammengeprügelt. Ich selbst hatte ein paar blaue Flecken und einen demolierten Zahn, der mir später in Deutschland entfernt werden musste. In dem Moment, als wir verprügelt wurden, empfand ich keinerlei Schmerz. Ich dachte nur: Dieses hilflose Gefühl, diese Gewalt haben die Pferde jeden Tag zu ertragen. Wer so gewalttätig mit Menschen umgeht, der hat keine Hemmschwelle bei Tieren. So gesehen, kam ich also recht glimpflich davon. Es war ein ohnmächtiges Gefühl der Hilflosigkeit, unbändige Wut und eine tiefe Fassungslosigkeit hinsichtlich der Bilder und Geräusche, die sich in meinen Kopf eingeebrannt hatten. Selbst die Presseleute am „Tatort“ waren erschüttert. Pardubice bleibt mein persönliches Trauma! Ich kann es heute noch hören, das Röcheln eines neben mir sterbenden Pferdes. Ein junges Tier, dessen Namen ich nicht kannte und dessen flehenden Blick ich niemals vergessen werde.

War dieses traumatische Ereignis der Einstieg für Ihre heutige Aufklärungsarbeit über den Pferderennsport und Ihr Engagement für Tierschutz und Tierrechte?

Ich habe damals angefangen, vegan zu le-

ben und mich sehr in alle Themen des Tierrechtes vertieft. Mir wurde klar, dass dies mein Leben komplett ausfüllen würde. Die Arbeit bei Animal Peace ist nun seit fast 20 Jahren mein Alltag. Tatsächlich war das Pferderennen in Pardubice aber der Startschuss für meine Pferdeschutzarbeit. Der Pferdesport kam vor 20 Jahren mit schillernder Fassade daher und er tut es heute noch, aber er ist ein wahres Schlachtfeld. Wenn Pferde ihre Schmerzen durch laute Schreie äußern würden, dann wären viele öffentliche Veranstaltungen nicht durchführbar.

Die Fotos auf der Seite „Boxenstop beim Racing – Gehetzt bis in den Tod“ lösen bei Tierfreunden sofort Assoziationen aus; der sensible Betrachter wird mit Gewalt, Schmerz und Demütigung der Tiere konfrontiert. Was müssen die Pferde auf der Rennbahn über sich ergehen lassen?

Kurz gesagt: Stress, Schläge, rohe Gewalt, Nötigung und Angst sowie körperliche und psychische Überforderung. Pferde werden im Leistungssport gezüchtigt, gedemütigt, gebrochen, eingesperrt, eingeschüchtert, bedroht und mit Gewalt um ihre natürlichen Bedürfnisse gebracht. Sicherlich ist das nicht immer und überall der Fall, aber zu oft und vor allem zu selbstverständlich.

Sie bezeichnen jeden, der im Bereich des Rennsports tätig ist, als Tierschinder. Welche Methoden werden im Training – Sie nennen es „Nötigung“ und „Vergewaltigung“ – bei den Pferden angewandt, um sie zu Höchstleistungen zu trimmen? Erhalten die Pferde leistungssteigernde Medikamente, und welche Hilfsmittel werden beim Training noch eingesetzt?

Es gab jede Menge leistungssteigernde Mittel in Deutschland und sie wurden auch eingesetzt. Hierzulande mag das heute zum Teil Vergangenheit sein, da die Doping-skandale den Leistungssport fast kaputt gemacht haben; der Ruf war ruiniert. Es gibt heute strengere Regeln, aber inwieweit sie befolgt und kontrolliert werden, ist offen – ich habe wenig Vertrauen. Für mich ist diese Sportart nach wie vor Tierschinderei. Jeder, der in diesem System Geld verdient, kann auch als Tierschinder bezeichnet werden. Das gilt auch für jeden „Wettkönig“, der noch nie ein Pferd berührt hat. Ich werde dafür hart angegangen. Ich glaube sogar manchen Menschen im Pferderennsport, wenn sie mir sagen, dass sie ihre Tiere lieben und pflegen. Aber das ändert an der Tatsache nichts, dass sie Teil eines Systems sind, das nicht ansatzweise dem Wohlergehen von Pferden dient. Wenn ich mir anhören muss, dass es Regeln zum Schutz des Pferdes gibt, z.B. dass es im Zieleinlauf nicht öfter als 5 Mal mit der Peitsche geschlagen werden darf, fehlen mir die Worte.

Wie werden die Pferde außerhalb der Rennbahn gehalten? Wie alt kann ein artgerecht gehaltenes Pferd werden, und wie hoch ist die Lebenserwartung eines Rennpferdes?

Es gibt kaum verlässliche Quellen über die Lebenserwartung der Rennpferde, aber sie werden im Durchschnitt heute 8 Jahre alt. Das ist natürlich keine verlässliche Zahl, aber es ist ein Anhaltspunkt. Ein artgerecht gehaltenes Pferd kann bis zu 30 Jahre alt werden. Viele ausgediente oder zu langsame Pferde werden nach der Rennbahnkarriere in den sogenannten Freizeitsport verkauft. Was dann mit ihnen geschieht, entzieht sich meiner Kenntnis. Rennpferde gehen schon als Pferdekinder, noch nicht voll entwickelt, ins Leistungstraining und starten bei Rennen. Schäden bleiben dabei natürlich nicht aus. Boxenhaltung ist die Regel und nicht etwa täglicher Weidegang oder gar Herdenleben. Als ich mit dem Pferdeschutz begann, war dies flächendeckend so, und das nicht nur im Rennsport. Heute än-

dern sich hier und da die Haltungsbedingungen, aber nur langsam. Ein Weidegang hin und wieder ist schon mal drin. Ausreichend oder artgerecht? Nein.

Warum sind solche legalisierte und öffentliche Tierschindereien nach wie vor erlaubt, wenn die tierschutzwidrige Haltung der meisten Rennpferde, das brutale Training und auch das Renngeschehen gegen das geltende Tierschutzgesetz verstoßen?

Der Rennsport hat Tradition, und international wird damit viel Geld verdient. Das wird wohl ein Grund sein. Es ist wohl schlicht Auslegungssache, wo Tierschinderei anfängt. Es ist erlaubt, ein Pferd ohne Weidegang zu halten, es zu schlagen und zu züchtigen. In den Richtlinien des Rennsportes wird geregelt, wie oft ich ein Pferd im Rennen geschlagen werden darf. Schau-



en Sie sich das Tierschutzgesetz an und fragen Sie die verantwortlichen Politiker und sich selbst, welche Rechte auf körperliche und psychische Unversehrtheit ein Pferd tatsächlich hat. Tierschutzgesetz (§ 3.1): „Es ist verboten, einem Tier außer in Notfällen Leistungen abzuverlangen, denen es wegen seines Zustandes offensichtlich nicht gewachsen ist oder die offensichtlich seine Kräfte übersteigen, (§ 3.5) ein Tier auszubilden oder zu trainieren, sofern damit erhebliche Schmerzen, Leiden oder Schäden für das Tier verbunden sind ...“.

Wer verdient am Pferderennsport? In welcher wirtschaftlichen Größenordnung muss man sich dieses Geschäft vorstellen?

Die Zahlen und Daten dieser Maschinerie sind eher schwammig. Ich kann die Daten der EPMA (European Pari Mutuel Association) nennen, die veröffentlicht wurden. Größe des Pferdewetten-Sektors in Europa: 20 Millionen Wettkunden, 35 Milliarden Wetten, 40 000 Züchter, 155 000 direkt Be-

schäftigte, 500 Rennbahnen, 800 000 Pferderennen pro Jahr, durchschnittlich 18 Pferderennen pro Stunde und 170 000 Rennpferde. Pferderennen sind ein Milliardengeschäft. Weltweit liegt der Umsatz bei etwa 90 Milliarden Euro, die Dunkelziffer „schwarzer Wetten“ nicht eingerechnet. Für die Wertsucht leiden und sterben jährlich unzählige Pferde. Die wenigen Menschen, die ihre Pferde lieben und den Sport trotzdem noch hobbymäßig betreiben, aber nicht über Pferdeleichen gehen, verdienen ganz sicher nichts; sie zahlen drauf.

Auf Ihrer Seite zitieren Sie Dr. med. vet. Maximilian Pick, Gutachter für Pferde, Tierarzt und Pferdefachmann, der für einen Bericht des TV-Magazins „report mainz“ (Das Leid der Rennpferde) bei einem Derby in Hamburg zugegen war. Sein Eindruck von den Pferden nach dem Rennen: „Ausgequetscht bis zum Letzten. Erschöpft. Für mich als Pferdefreund ist es ein Bild des Jammers, so etwas zu sehen.“ Warum protestieren nicht mehr Tierärzte gegen den Pferde-Rennsport?

Bitte fragen Sie Dr. Pick dazu. Es gibt eine Menge Tierärzte, die sich gegen den Rennsport aussprechen, viele jedoch hinter vorgehaltener Hand. Es gehört einfach Mut dazu, Kollegen und den Sport offen anzugreifen. Es steht eine finanzstarke Lobby auf der Gegenseite. Für Tierärzte gibt es dort viel und dauerhaft zu verdienen, ebenso für die Pharmaindustrie. Und diejenigen, die damit Geld verdienen, werden ganz sicher nicht ihre Einnahmequelle gefährden. Also: Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen...

Gibt es Zahlenmaterial, das belegt, wie viele Pferde sich jedes Jahr im Training und auf europäischen Rennbahnen verletzen oder zu Tode kommen?

Es fehlen aussagekräftige Zahlen. Zwar gibt es unzuverlässige Listen hinsichtlich der Todesfälle und der verunfallten Tiere bei Rennen, aber kaum Zahlen, die auch die Opfer beim Training und der Zuchtauswahl beinhalten. Und Zahlenmaterial hinsichtlich der Pferde nach ihrer „Rennbahnkarriere“ liegt nicht vor. Es wird wie im Pferde-Rennsport sein: Was nicht funktioniert, kommt weg. Aber wohin?

Frau Welp, ich wünsche Ihnen für Ihr Engagement weiterhin viel Kraft und Ausdauer und bedanke mich für das aufschlussreiche Gespräch. Sabine Jedzig
Redaktion ZeitenWENDE

Massenmord an Streunertieren für die Fußball-EM 2012

Das Säuberungsprogramm

Mit der kommenden Fußball-Europameisterschaft vom 08. Juni bis 01. Juli 2012 steht den Gastgebern in Polen und der Ukraine ein Mega-Event ins Haus, für den weder Kosten noch Mühen gescheut werden. Es gilt zu repräsentieren und möglichst viel Geld einzunehmen. Und dafür werden Opfer gebracht – notfalls auch Lebendopfer.

Man muss eben Prioritäten setzen. Für ein „sauberes Stadtbild“, beispielsweise in Kiew, ging man daher sprichwörtlich über Leichen.

Die Bilder, die uns im November 2011 in den TV-Nachrichten und Boulevardmagazinen präsentiert wurden, sind schrecklich und traumatisierend. Ein Schäferhundmischling, der sich zunächst darüber gefreut hatte, seinen Hunger mit einem Stück ausgelegtem Fleisch zu stillen, liegt zuckend vor Schmerzen auf dem Boden, aus seinem Maul tritt Schaum; ein langer, qualvoller und aussichtsloser Kampf gegen den Tod. Männer stehen daneben, rauchen eine Zigarette, während sie darauf warten, dass der Hund stirbt, um ihn dann in einem mobilen Krematorium verbrennen zu können. Sie lachen und freuen sich über das lukrative Geschäft, denn für jeden toten Hund gibt es offenbar gutes Geld. Angeblich zahlte die Regierung bis zu 25 Euro pro Tier – willkommene Silberlinge für einen Judasdienst am besten Freund des Menschen. Aber beim Geld hört hier sprichwörtlich die Freundschaft auf.

Wie schwarz muss eine Seele sein, um einer leidenden, sterbenden Kreatur lachend in die Augen zu sehen? Wozu solche Menschen wohl außerdem noch fähig wären, wenn der Rubel dafür rollt?

Laut namhafter Zeitungen handelt es sich um staatlich organisierten Massenmord! Dieses Säuberungsprogramm soll vor gut zwei Jahren seinen Anfang genommen haben, das in der Art der Durchfüh-

rung an dunkelste Zeiten erinnert. Der einstig treue Hüter von Haus und Hof wird, nachdem man ihn ohnehin bereits aus der eigenen Verantwortung und aus dem eigenen Leben getreten hat, nun auch noch erschossen, vergiftet oder betäubt und nicht selten gleich bei lebendigem Leibe in den praktischen, mobilen Krematorien entsorgt, für die auch noch wegen ihrer „Umweltverträglichkeit“ im Internet kräftig die Werbetrommel gerührt wird. „Nicht einmal die Nazis haben es gewagt, ihre Opfer lebendig in den Krematorien zu verbrennen“, hieß es in einem veröffentlichten Brief des früheren ukrainischen Präsidenten Leonid Krawtschuk an seinen Nachfolger Viktor Janukowitsch.

„Säuberungsaktionen“ gab es bereits in der Vergangenheit

Athen 2004 und in Peking 2008; auch dort wurden Straßenhunde gejagt und ermordet. Tiere, die voller Loyalität nicht selten bereit sind, ihr eigenes Leben für „ihren Menschen“ zu opfern. Umso beschämender ist es, mit anzusehen, was diese Geschöpfe durch uns, die angeblich so „menschliche“ Spezies, erdulden müssen.

Wie konnte es zu dieser Tragödie kommen? Laut mehrerer öffentlicher Quellen heißt es, UEFA-Verbandspräsident Michel Platini habe sich bei einem Besuch in der Ukraine im Frühjahr 2010 über die Hun-

deplage beschwert. Die UEFA wies jedoch jede Verantwortung zurück und gab an, die Entfernung der Hunde nicht zur Bedingung gemacht zu haben. Aber diese Beschwerde blieb nicht ohne Wirkung, denn man wollte sich „nicht lumpen lassen“ und heckte teuflische Pläne aus, wie man sich mit vermeintlich weißer Weste präsentieren könne. Bereits damals begannen die Exekutionen der Straßenhunde. Auf Druck der ukrainischen Tierschützerin Tamara Tarnawska bat UEFA-Mitarbeiter Martin Kallen im Juni 2010 den stellvertretenden Ministerpräsidenten Boris Kolesnikow in einem Brief darum, die Massenhinrichtungen der Straßenhunde zu stoppen. Frau Tarnawska, Mitglied der ukrainischen Tierschutzorganisation SPASOS und Gründerin eines Tierheims am Rande von Kiew, wies auch darauf hin, dass es bereits seit dem Jahre 2006 in der Ukraine gesetzlich verboten sei, Hunde einfach zu töten. Sie war es auch, die Boxweltmeister Vitali Klitschko zu einem Pressetermin einfliegen ließ. Mit deutlichen Worten protestierte er öffentlich gegen den Hunde-Massenmord.

Weitere Tierschutzorganisationen wie der Europäische Tier- und Naturschutzverband e. V., Vier Pfoten und PETA blieben nicht untätig und mischten sich vor Ort ein. Bereits im Jahre 2009 suchte PETA den Dialog mit dem DFB. Andrea

Die UEFA wies jede Verantwortung zurück



Müller, Leiterin der Kampagne zum Schutz der ukrainischen Straßenhunde, rief auf der Homepage zum Protest bei der ukrainischen Botschaft auf. „In einem Land, das die europäische Übereinkunft zum Schutz von Haustieren so grausam missachtet, darf kein Sportfest stattfinden“, so Müller.

Die Berichterstattung in der europäischen Presse löste schließlich eine Welle der Empörung aus. Auch die deutschen

Fußballnational- spieler zeigten sich erschüttert

Fußballnational-
spieler mit pol-
nischen Wurzeln,
Lukas Podolski
und Miroslaw

Klose, zeigten sich zutiefst erschüttert und forderten ein Ende des grausamen Treibens.

Die UEFA und sämtliche EM-Sponsoren wurden auf ihren Facebook-Profilen mit Postings förmlich zugebombt, der Fastfood-Riese McDonald's, der natürlich vor Ort mitmischt und seinen Reibach machen wird, wurde vielerorts boykottiert und sein Slogan von „I'm loving it“ in „I'm f...ing it“ umbenannt. Die Reaktion der UEFA auf die Proteste fiel zunächst mager aus. Während das Kiewer Olympiastadion mit 585 Millionen Euro modernisiert und damit zum teuersten Stadion der Welt gemacht wurde, spendete die UEFA gerade einmal etwas weniger als 20 000 Euro an die „SOS Animals Society Kiev“ für die Initiative „Neuter and Release“ („Kastrieren und Freilassen“) und meinte sich damit

preiswert aus der Mitverantwortung freikaufen zu können.

Hilfsangebote aus anderen Ländern Europas wurden von den politisch Verantwortlichen lange Zeit ausgeschlagen. Maja Prinzessin von Hohenzollern hatte mobile Tierarztwagen samt tierärztlicher Versorgung angeboten, um streunende Hunde einzufangen und zu kastrieren. Der Kiewer Vize-Bürgermeister Alexander Mazurtschak wiegelte mit dem Hinweis auf bürokratische Hürden zunächst ab, musste sich aber dann dem öffentlichen Protest beugen. Seitdem kastrieren Tierärzte ehrenamtlich im Akkord – es geht ihnen um jedes gerettete Leben.

Als die Proteste nicht abrissen, schien man in der Ukraine endlich zu begreifen: Das ursprünglich als „Imagepolitik“ gedachte Säuberungsprogramm hatte in einen Imageverlust für die Ukraine und ihre Regierung gemündet! Ende November 2011 ließ Ministerpräsident Nikolai Azarov offiziell verlauten, dass das Töten der Straßenhunde verboten und unter Strafe gestellt werde. Dieses Versprechen entpuppte sich leider als Lüge, denn das Morden ging weiter. Nur ein einziger Hundemörder wurde bisher verhaftet und zu 6 Monaten Gefängnis sowie einer Geldstrafe von umgerechnet ca. 72 Euro verurteilt – und dies, obwohl Ministerpräsident Asarow versprochen hatte, das Strafmaß für entsprechende Delikte zu verschärfen. Der 19-jährige Mann hatte in einem Blut- rauch mehr als 100 Hunde mit einem

Messer aufgeschlitzt und Fotos von seinen abscheulichen Gräueltaten ins Internet gestellt. Als Grund gab er Rache an – er sei einmal von einem Hund gebissen worden.

Auch unsere Partei wurde aktiv, um das Massaker anzuprangern: Als Kooperationspartner von „Fair Play EM 2012“ sprachen wir uns vehement gegen die

„Fair Play EM 2012“ erregte Aufsehen

Seit geraumer Zeit setzt sich „Fair Play EM 2012“ maßgeblich gegen die an Tieren begangenen Grausamkeiten in der Ukraine ein und erregte mit bundesweiten Aktionen Aufsehen (Demonstrationen in über 16 deutschen Großstädten). Auch der Bundesvorsitzende der Partei, Stefan Eck, engagierte sich persönlich und nahm an der Großdemonstration in Frankfurt am Main am 11. Februar 2012 teil. In seiner Rede übte er harsche Kritik an Ministerpräsident Azarov.

Wer weiß, wie viele Hunde noch ihr Leben verlieren werden? Man erfährt nur wenig von den Vorgängen vor Ort. Wenn es um Tiere geht, wird auch in der Ukraine wie selbstverständlich nach dem Motto gehandelt: „Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen“! Es ist aber tröstlich zu erfahren, dass immer mehr Menschen weltweit nichts unversucht lassen, leidenden Tieren, sei es in der Ukraine oder anderswo, zu Hilfe zu kommen!

Manuela Rollins
Redaktion ZeitenWENDE

Aigners Lügen über eine „artgerechte“ Mastkaninchen-Haltung



Käfige: Zu groß zum Sterben – zu klein zum Leben

Am 23. März 2012 teilte das Bundeslandwirtschaftsministerium in seiner Pressemitteilung Nr. 38 mit, dass erstmals konkrete Haltungsanforderungen für Mast- und Zuchtkaninchen gesetzlich vorgeschrieben werden sollen.

Bisher existierten keine spezifischen Vorschriften für die Zucht und Haltung von Kaninchen. Ein entsprechender neuer Verordnungsentwurf, der klare Regelungen für die Haltungseinrichtungen festlegt, ging bereits den Bundesländern und den betreffenden Verbänden zu.

Die positive Wortwahl in der Pressemitteilung gab zunächst Anlass zur Freude; laut Bundeslandwirtschaftsministerium orientiert sich der neue Entwurf an den eigenen Bedürfnissen und dem typischen Bewegungsverhalten von Kaninchen, wie die sogenannten Hoppel-Sprünge, die aufgerichtete Haltung, Nestbau und Ähnliches. Neu ist auch, dass der Boden in den Käfigen künftig mit rutschfesten, trittsicheren Unterlagen sowie trockenen Liegeflächen ausgestattet sein soll und eine erhöhte Ebene in den Käfigen installiert sein muss.

Jedem Kaninchenfreund geht das Herz auf, wenn er liest, dass diese sensiblen Tiere zukünftig beispielsweise nicht isoliert gehalten werden dürfen, da sie ein ausgeprägtes Sozialverhalten besitzen. Weiter im Text heißt es, dass auch Raufutter wie Stroh, Heu und Nagematerial zur Verfügung stehen soll, damit die Kaninchen ihrem typischen Verhalten wie Nagen, Scharren oder Graben nachgehen können. Es wird

ferner hervorgehoben, dass neben dem Platzangebot und der Strukturierung der Käfige auch Beleuchtung und Raumtemperatur für ein möglichst hohes Wohlbefinden der Tiere vorgeschrieben werden soll.

Die Tierhalter werden darüber hinaus stärker in die Pflicht genommen: Dies gilt für die gesundheitliche Überwachung und für eine korrekte Dokumentierung der Bestände oder des Zuchtverlaufs.

„Wir wollen den Tierschutz auf allen Ebenen verbessern“, so Ministerin Ilse Aigner in der Pressemeldung. Nun ja, Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser! Leider lässt uns der neue Verordnungsentwurf auf dem Boden der Realität ziemlich hart aufschlagen. Nach eingehendem Studium des Gesetzesentwurfes durch uns wurde deutlich, dass die Größe des Käfigs für die bewegungsfreudigen Kaninchen völlig unzureichend ist. Wo soll Platz für Hoppeln und Springen sein, wenn gerade einmal die Fläche von 1 500 Quadratzentimeter pro Tier für ein bis vier Kaninchen vorgegeben ist? Dies bedeutet nämlich, dass vier Mastkaninchen zusammen nur 0,6 Quadratmeter Fläche zugestanden wird – also eine Grundfläche, die nur unwesentlich größer als 10 DIN A-4-Seiten ist.

Bei Käfigen für 5 bis 10 Kaninchen kann laut der neuen Verordnung das Platzange-

bot pro Tier um ein Drittel reduziert werden. Bei Käfigen mit mehr als 10 Kaninchen sind sogar nur 800 Quadratzentimeter pro Tier vorgesehen, das entspricht etwas mehr als einer DIN-A4-Seite!

Wir können bei diesen Zahlen nur konstatieren, dass Ministerin Ilse Aigner unserer Meinung nach eine ausgemachte Tierquälerin ist, die darüber hinaus gezielt versucht, die Bürger/innen dieses Landes hinters Licht zu führen und wahrscheinlich glaubt, Tierschützer und Tierrechtler „verarschen“ zu können.

Da die neuen Vorschriften – sofern sie vom Bundesrat beschlossen werden – teilweise Neu- und Umbaumaßnahmen erforderlich machen, die mit Kosten für die Betreiber verbunden sind, wird wie üblich für bereits bestehenden Mastanlagen eine Frist von sage und schiebe 1 bis 8 Jahren zur Umgestaltung der Anlagen eingeräumt.

Seit mehr als einem Jahrzehnt kämpfen hierzulande Tierschützer und Tierrechtler für eine artgerechte, kaninchenfreundliche Haltungsverordnung. Was Frau Aigner nun vorgelegt und schönfärberisch durch ihre Pressemeldung angekündigt hat, ist eine politische Bankrotterklärung für den Tierschutz in unserem Land.

Sabine Jedzig/Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZeitenWENDE



Das Motto der etablierten Parteien:

Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen – bis es (fast) zu spät ist ...

Man kann mit Fug und Recht behaupten: Das Motto der etablierten Parteien lautet im Normalfall „Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen – bis es (fast) zu spät ist.“ Und das heißt mit anderen Worten: bis die Auswirkungen der Politik des Wegsehens, Verschweigens und Nichtstuns nicht mehr zu kaschieren sind und der Ausnahme- oder „Störfall“ die politisch Verantwortlichen zum Handeln zwingt.

Das „Ausitzen“ hat Merkel von Kohl gelernt, aber auch die meisten anderen Politiker/innen haben sich anscheinend die Bequemlichkeit zur Devise ihrer hoch bezahlten parlamentarischen Arbeit gemacht.

Atomkraftwerke waren sicher – bis es in Fukushima zur Katastrophe und für die Merkel-Truppe zum Störfall vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz kam. Plötzlich erkannte auch sie die Risiken der AKWs. Mindestlöhne waren ein Tabu für die unternehmerfreundlichen Herrschaften der CDU/CSU und FDP – bis die Schere zwischen Arm und Reich so weit auseinanderklaffte, dass der einstige Vorzeigestaat Niedriglöhner mit rund 11 Milliarden Euro pro Jahr subventionieren musste, weil 8 Millionen Beschäftigte in Vollzeitarbeit nur noch mit Unterstützung des Sozialamtes über die Runden kamen. Berlin vollzog eine Kehrwende und führte wenigstens Mindestlöhne für mehrere Branchen ein. Dass durch die galoppierende Staatsverschuldung in der Eurozone die Gemeinschaftswährung in die Krise geraten könnte, wurde über Jahre als Schwarzmalerei abgetan – bis Griechenland nur noch mit milliardenschweren Transferzahlungen seinen Verpflichtungen nachkommen konnte. Nun heißt das oberste Gebot in deutschen Landen Sparsamkeit, wie auch immer man dies im Finanzministerium auslegt. Der von CDU/CSU ins Amt gehobene Wolf im Schafspelz wird dem Volk über Monate aus dem Kanzleramt als „Saubermann“ verkauft – bis die Affäre das Amt und Ansehen des Bundespräsidenten ruiniert hat. Erst dann

gibt Merkel grünes Licht zum Rücktritt und schwadroniert, sie habe Wulfs Erklärung „ganz persönlich auch mit tiefem Bedauern zur Kenntnis genommen“. Der Plagiator Guttenberg entpuppt sich als Lügenbaron, doch die Kanzlerin konnte eine „Missachtung der Wissenschaft nicht erkennen“ – bis der ertappte Abschreiber aufgrund der Kritik aus dem Bundestag sowie der sinkenden



Umfragewerte von CDU/CSU nicht mehr zu halten war. Und plötzlich zeigt sich die Kanzlerin betroffen und wahrscheinlich selbst getroffen, weil Karl-Theodor zum Störfall wurde, und nimmt die Entscheidung „mit schwerem Herzen“ an. Riesige Mengen von Antibiotika werden seit Jahrzehnten in der deutschen Massentierhaltung eingesetzt; Seehofer und Aigner, aber auch ihre Vorgänger wussten es. Aber erst nach einer Studie über die Belastung von Hähnchenfleisch mit Antibiotika, die von Presse und TV aufgegriffen wurde, kam die Ankündigung aus dem Landwirtschaftsministerium, eine Änderung des Arzneimittelgesetzes vorzulegen, um den Einsatz von

Antibiotika in der Tierhaltung zu begrenzen.

Dies waren nur die jüngsten Beispiele dafür, dass wir uns auf eins verlassen können: Dass auf diese Bundesregierung und die etablierten Parteien kein Verlass ist, weil sie erst handeln, wenn es (fast) zu spät ist – sich ansonsten aber blind, taub und stumm an die wichtigsten Spielregeln der Politik halten.

Erstens: Nur nichts verändern, was nicht unbedingt verändert werden muss, es sei denn, es geht um die Diätenerhöhung. Zweitens: Eine eigene Meinung ist unerwünscht, wenn sie von der Parteilinie bzw. Kanzlermeinung abweicht. Nur nicht aus der Reihe tanzen und brav aussitzen, abnicken und Maul halten.

Natürlich gibt es auch – leider nur zu wenige – eigenständige Denker und Abweichler in den Parteien und Parlamenten, die sagen, was Sache ist. Aber nun sollen auch sie zur Raison gebracht werden.

Möglicherweise wird aber den Selbstdenkern und Abweichlern ein Maulkorb verpasst. Das sieht zumindest ein Plan von Union, SPD und FDP vor, der erst kürzlich an die Öffentlichkeit gelangte. Noch im April könnte die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages entsprechend geändert werden – wohl ohne demokratische Debatte darüber. Ob es so kommt, ist allerdings fraglich, denn man rudert inzwischen zurück und spricht von „zugespitzter Darstellung“. Ein „Ausnahmefall“, ausgelöst durch eine Protestwelle im Deutschen Bundestag selbst, ist eingetreten...
Stefan Bernhard Eck

Redaktion ZeitenWENDE

Der Wulff im Schafspelz

Christian Wulff ist mittlerweile Geschichte,
aber ein Rückblick lohnt sich allemal.



Schon bei seiner Wahl in das höchste Amt der Bundesrepublik Deutschland am 30. Juni 2010 lief nicht alles glatt. Es gab einige Abweichler im schwarz-gelben Lager, die lieber einen Joachim Gauck als Bundespräsidenten gesehen hätten.

Bis zu seinem Rücktritt am 17. Februar 2012 blieb die nach außen hin schillernde Figur inhaltlich bis auf ganz wenige

Ausnahmen recht blass. Zu den Ausnahmen gehörte zweifellos sein Pro-Islam-Statement mit dem er für Aufsehen sorgte: „Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“ Kurze Zeit nach dieser mutigen Aussage ging es aber auch schon bergab mit seiner Karriere als erster Mann im Staate.

Er stolperte über eine diffuse Melange aus einer „Mitnehmer-Mentalität“, Uneinsichtigkeit, dubiosen Freunden und dem Vorwurf der Vorteilsnahme und Vorteilsgewährung im Amt: die Affäre mit der Unternehmersgattin Edith Geerkens und dem anonymen Bundesbank-Scheck über 500 000,00 Euro zur Finanzierung seines Hauses in Großburgwedel, von „Freunden“ bezahlte Hotelübernachtungen, kostenlose Nutzung eines Luxus-Urlaubsdomizils, die finanzielle und organisatorische Hilfe Niedersachsens an dem vom Party-Veranstalter Manfred Schmidt veranstalteten „Nord-Süd-Dialog“ und einige andere obskure Vorkommnisse wie etwa eine schon an Nötigung grenzende Forderung (aufgezeichnet auf Anrufbeantworter) gegenüber dem Chefredakteur der

Die Affäre war geprägt von einer misslungenen Verschleierungstaktik

Bildzeitung, eine Berichterstattung über die Kredit-Affäre zu unterlassen.

Der Niedergang des Bundespräsidenten dauerte nicht einmal zwei Monate und wurde begleitet von fast täglich neuen Enthüllungen der Medien über seine Verfehlungen. Die Wulff-Affäre war geprägt von nichtssagenden Statements aus dem Bundespräsidialamt, dem Schönen und Aussitzen von Angela Merkel und einer misslungenen Verschleierungstaktik. Statt über seine „Buddy-Affären“ offen, ehrlich und mutig zu reden, trickste er fast bis zum unvermeidlichen Ende. Anfang des Jahres gab er zwar zu, „schwere Fehler“ gemacht zu haben, schloss aber seinen Rücktritt aus.

Am 17. Februar 2012 – nachdem die Staatsanwaltschaft Hannover am Vorabend beim Bundestag um Aufhebung der Immunität von Wulff ersucht hatte, war es dann so weit. Der Bundespräsident war von den Medien, aber auch von aufgebrachtten Bürgern, die vor dem Schloss Bellevue protestierten, „weichgekocht“, und der Vorhang fiel in dieser Tragikomödie.

„Die Berichterstattung, die wir in den vergangenen zwei Monaten erlebt haben, haben meine Frau und mich verletzt“, so Wulff in seiner Rücktrittserklärung.

„Unser Land, die Bundesrepublik Deutschland braucht einen Präsidenten, der vom Vertrauen nicht nur einer Mehrheit, sondern einer breiten

Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger getragen wird. Die Entwicklung der vergangenen Tage und Wochen hat gezeigt, dass dieses Vertrauen, und damit meine Wirkungsmöglichkeiten, nachhaltig beeinträchtigt sind. Ich trete deshalb heute vom Amt des Bundespräsidenten zurück, um den Weg zügig für die Nachfolge freizumachen.“

Mit nur drei lapidaren Sätzen geht er auf die laufenden polizeilichen Ermittlungen gegen ihn ein: „Was die anstehende rechtliche Klärung angeht, bin ich davon überzeugt, dass sie zu einer vollständigen Entlastung führen wird. Ich habe in meinen Ämtern stets rechtlich korrekt mich verhalten. Ich habe Fehler gemacht, aber ich war immer aufrichtig.“

Was von Wulff in Erinnerung bleibt, ist das Bild eines mittelmäßigen Gernegroß, der zu klein war für das Amt und der an seiner „Mitnehmer-Mentalität“ und an der

Art und Weise, wie er mit den Enthüllungen und Vorwürfen umging, scheiterte. Er hat seine Fehler bis heute wohl nicht eingesehen, denn er überhört die Stimme des Volkes gezielt; eine große Mehrheit der Deutschen ist strikt gegen die Zahlung seines „Ehrensoldes“ in Höhe von 199 000,00 Euro pro Jahr. Dass er dazu etwas sagt, darauf können wir lange warten ...

Der Wulff im Schafspelz hat der Demokratie und unserem Staate mit Sicherheit keinen Dienst erwiesen, als er am 30. Juni 2010 sein Amt antrat.

Stefan Bernhard Eck/Michael Siethoff
Redaktion ZeitenWENDE

Der Bundespräsident war von den Medien „weichgekocht“

Er hat seine Fehler bis heute wohl nicht eingesehen

Hintergrund-Infos und Aktuelles zur Währungskrise der EU

Ist der Euro noch zu retten?

Die Eurokrise lässt nicht nur Griechenland, sondern ganz Europa erbeben. Regierungen stolpern, Staaten geraten an den Rand des Bankrotts, und die Angst vor dem Zerfall der EU geht umher. Dieses Szenario erleben wir seit geraumer Zeit nahezu täglich mit nicht prognostizierbarem Ende.

Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen – auf wenigens trifft dies mehr zu als auf den Beginn und die Ursachen der Eurokrise. Selbst nach der Verschärfung der Situation in den vergangenen Monaten handelt die Politik nicht, sondern sie reagiert lediglich notdürftig mit einem „Katastrophen-Management“. Klaffende Haushaltslöcher, die nur die Symptome eines Systemfehlers sind, werden notdürftig gestopft, ohne dabei den Ursachen auf den Grund zu gehen und nötige Reformen einzuleiten. Trotz alledem wäre die naheliegende Antwort eines schlichten „Nein“ auf die Ursprungsfrage, ob der Euro noch zu retten sei, bei Weitem zu kurz gedacht.

Der ursächliche Fehler, der zu den augenblicklichen Schwierigkeiten führte, wurde schon vor mehr als 10 Jahren unter den Regierungen Kohl und Mitterrand begangen, als im Bestreben, die deutsche Wiedervereinigung herbeizuführen, verhängnisvolle Zugeständnisse gemacht wurden, die in einer vorschnellen Einführung der Währungsunion gipfelten. Der Euro kam ohne die Basis eines integrierten Wirtschaftsraumes, ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen Haushaltsdefizite, Steuersysteme und Produktivitätsraten in den Mitgliedsländern, was zu der heutigen Krise führte. Jetzt müssen die „Zahlmeister“ – allen voran Deutschland – tief in die Tasche greifen und sich selbst verschulden, um den Euro zu retten.

Ein System, in dem die starken die schwachen Länder auf Dauer aufpäppeln, ist den Bürgern nicht zu vermitteln – eine

Transferunion, in der sich auf der einen Seite die Zahlmeister befinden und sich auf der anderen Seite Länder bevormundet und in die Abhängigkeit gedrängt fühlen.

Das mögliche Scheitern des Euro ist eindeutig auf politisches Versagen zurückzuführen: Man verschloss die Augen vor der verheerenden Finanzpolitik der jetzigen „Krisenstaaten“, um die Auswüchse im Bankensektor kümmerte sich vor der Krise auch



niemand. Bis es zu spät war, und dann kamen die „Rettungsschirme“.

Der zunächst mit 750 Milliarden Euro angedachte EFSF-Rettungsschirm ist mittlerweile wieder quasi Geschichte, weil der Umfang nicht ausreichte. Während der fragwürdige Euro-Stabilitätsmechanismus ESM – bildlich gesprochen die nächste Stufe der Euro-Rettung – in den Fokus rückt, beschloss die Bundesregierung Ende Februar, begleitet von unüberhörbarem Knirschen in der Koalition, ein zweites Rettungspaket für Griechenland. Bereits jetzt aber wird schon wieder über ein drittes Hilfsbündel für das angeschlagene Land diskutiert. Die politische Halbwert-

zeit von Entscheidungen liegt momentan eher bei Tagen als bei Wochen. Immer mehr zeigt sich ein Bild des Fasses ohne Boden, das durch die weitere Öffnung der Geldschleusen der Europäischen Zentralbank und die damit einhergehende Geldschwemme verstärkt wird. Die Angst vor einer Hyperinflation und vor dem Platzen der Blase wird immer greifbarer.

Zurück zur Eingangsfrage: Nein, der Euro ist mit einem politischen „Weiter so“ keinesfalls zu retten, wobei diese Rettung durchaus wünschenswert wäre. Ein jähes Scheitern wäre ökonomisch bedrohlich, politisch besorgniserregend und gesellschaftlich töricht. Eines nämlich darf nicht außer Acht gelassen werden: Nur ein geeintes Europa – und dazu gehört auch eine einheitlichen Währung – vergrößert die Chance auf dauerhaften Frieden und Freiheit sowie auf wirtschaftliche Stabilität.

Der Zusammenbruch des Euroraumes hingegen würde zwangsläufig zu massiven Kreditausfällen und wirtschaftlichen sowie sozialen Verwerfungen führen, die einem globalen ökonomischen Suizid gleichkämen.

Die politische Besinnung dahingehend, dass nur das ausgegeben und verteilt werden kann, worüber man tatsächlich verfügt, würde der EU guttun. Weg vom Zwang des Wachstums und vom Schuldenmachen – hin zu einer Politik, die den einzelnen Menschen, die Natur und die Schwachen, seien es Menschen oder Tiere in den Mittelpunkt des Handelns stellt.

Carsten Molitor
Redaktion ZeitenWENDE

Damit niemand sagen kann, er hätte nichts gewusst...

Die Monsanto-Story

Der US-Konzern Monsanto wurde 1901 gegründet. Zu seinen Produkten gehörten das inzwischen verbotene DDT und das von den USA im Vietnam-Krieg eingesetzte dioxinhaltige „Agent Orange“ zur Entlaubung des Dschungels.

Da in den 90er Jahren die Patente für Monsanto-Pestizide ausliefen, setzte der Konzern auf transgene Pflanzen, in die ein Pflanzenschutzmittel eingebaut ist, gegen das Pflanzen wie beispielsweise Mais, Soja, Raps, Zuckerrüben, Weizen, Sonnenblumen, Obst, Gemüse und Baumwolle immun sind.

Monsanto nimmt heute eine weltweite Monopolstellung in der Produktion von Pestiziden und gentechnisch verändertem Saatgut ein – und hat dies auch unter Anwendung dubioser Methoden erreicht, wie etwa die Einschleusung eigener Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder bis in die höchsten Stellen der US-Politik.

Der große „Aufschwung“ des Konzerns begann 1974, als er das hochgiftige Glyphosat unter dem Namen „Round-up“ auf den Markt brachte – inzwischen das weltweit am häufigsten eingesetzte Pflanzengift. Der „Alles-Töter“ vernichtet jedoch auch die Nutzpflanzen, denn er hemmt einen lebenswichtigen pflanzlichen Stoffwechselprozess. Glyphosat wird auch im Obst- und Weinbau und selbst in Kleingärten eingesetzt. Erst ab 1996 wurde sein

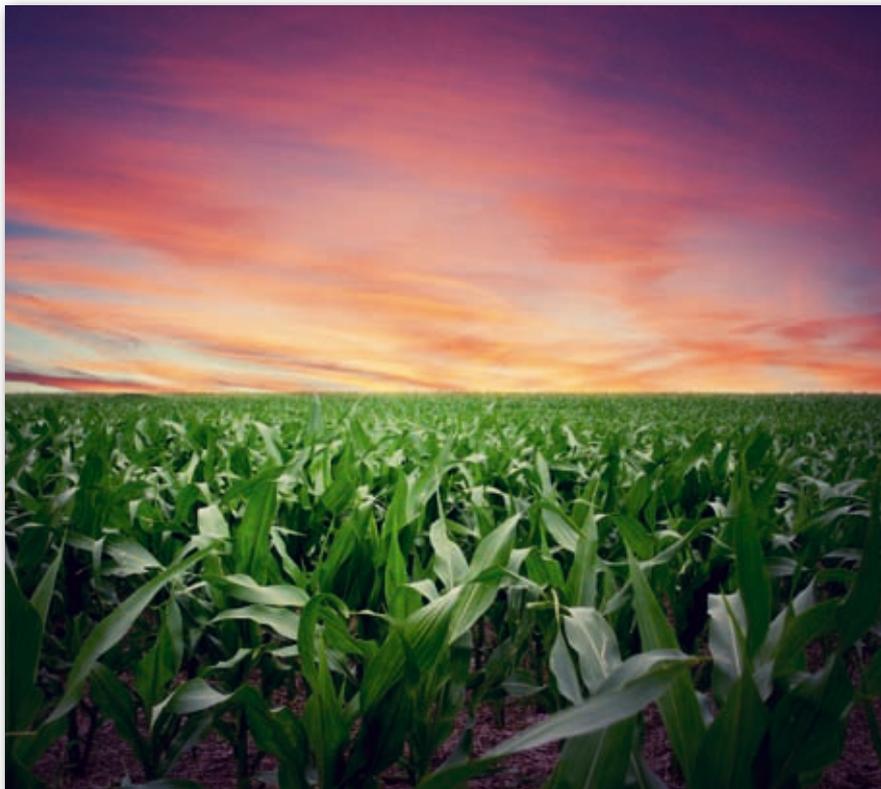
Einsatz beim Anbau von Soja, Mais, Raps, Zuckerrüben, Baumwolle und Alfalfa möglich, da Monsanto ein bakterielles Gen in die Pflanzen einschleusen konnte, mit dessen Hilfe diese ein Enzym produzieren, das sie unempfindlich gegen das

zen bisher nicht zugelassen, aber bezüglich bestimmter Mais- und Zuckerrübensorten könnte sich dies ändern: Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat sich bereits positiv zu entsprechenden Anträgen des Konzerns geäußert.

Bereits seit 1996 wird Glyphosat-resistentes Gen-Soja in Europa als Futtermittel eingesetzt. In die EU werden jährlich etwa 36 Millionen Tonnen Sojabohnen und -schrot – überwiegend gentechnisch verändert – eingeführt, davon der größte Teil nach Deutschland.

Dem Pflanzengift „Roundup“ werden POE-Tallowamine (POEA) zugesetzt, die noch wesentlich giftiger sind als Glyphosat. Beide Gifte sind hochgradig krebserregend. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und

Lebensmittelsicherheit (BVL) sah sich 2010 veranlasst, den Einsatz von „Roundup“ zu verbieten, da man befürchtete, dass POEA über die Futtermittel die Endprodukte kontaminiert. Schon seit Längerem kann man eine deutliche Zunahme an Tierkrankheiten beim Einsatz von gentechnisch veränderten Futtermitteln fest-



Gift macht. Seither werden sogenannte Roundup-Ready-Pflanzen vor allem in den USA, Argentinien, Brasilien und Kanada angebaut.

2010 wuchsen auf 148 Millionen Hektar gentechnisch veränderte Pflanzen, die fast alle gegen Glyphosat resistent waren. In der EU sind Glyphosat-resistente Pflan-

stellen. Der Giftcocktail ist sehr wahrscheinlich die Ursache der aktuellen Tierseuche Botulismus und damit unvorstellbarer Tierqual. Dennoch ignorieren die Behörden einen Zusammenhang zwischen Glyphosat, POEA und Tierkrankheiten, obwohl bereits wissenschaftliche Studien vorliegen, die beweisen, dass Schweine und Rinder nach der Fütterung mit Roundup-Kraftfutter steril wurden. Nach einer aktuellen Studie, bei der wieder viele Tiere Opfer grausamer Versuche wurden, verursachen Glyphosat, POEA und AMPA, ein Abbauprodukt, schon bei geringsten Konzentrationen Krebs, Zelltod, Fruchtbarkeitsstörungen, Schädigung des Erbguts, der Embryonalentwicklung, des Immunsystems, der Leber und des Nervensystems.

Trotzdem wird nach wie vor in vielen Regionen Lateinamerikas „Roundup“ flächendeckend eingesetzt. Dort hat sich von 2000 bis 2009 die Krebsrate bei Kindern verdreifacht, die Rate der Fehlgeburten und Missbildungen bei Neugeborenen vervielfachte sich.

Nach dem Motto „Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen“ werden in Deutschland Lebensmittel nur sporadisch auf Rückstände dieser Gifte kontrolliert. Außerdem gilt in der EU für Glyphosat in Sojabohnen ein sehr hoher Grenzwert von 20 mg/kg. Die Lobbyisten von Monsanto setzten sich dennoch dafür ein, dass die existierenden Grenzwerte nun sogar noch angehoben werden. Für AMPA existiert überhaupt kein zulässiger Rückstandswert, auch wenn extrem hohe AMPA-Konzentrationen nachgewiesen wurden. Bezeichnenderweise sind für das weltweit am häufigsten eingesetzte Pflanzengift einfache Testverfahren bisher nicht einmal verfügbar!

Schon lange ist erkennbar, dass Monsanto die totale Kontrolle über die weltweite Nahrungsproduktion anstrebt und Bauern wie Konsumenten von seinen Produkten abhängig machen will. Der multinationale Konzern gebärdet sich gern als „Retter der Menschheit“, denn angeblich sei nur durch eine hoch industrialisierte Landwirtschaft und die Verwendung von transgenem Monsanto-Saatgut die Ernährung einer wachsenden Weltbevölkerung sichergestellt. In diesem Sinne beeinflusst Monsanto – gemeinsam mit den anderen Agrochemie-Konzernen – Wissenschaft, Politik

und Medien. Tatsächlich aber wird die Nahrungssouveränität bedroht sowie zunehmend die Biodiversität – und nicht nur die der Nahrungspflanzen: Das tradierte Wissen der Bauern geht verloren, riesige Monokulturen entstehen, die für Schädlinge viel anfälliger sind als kleinere Anbauflächen und Mischkulturen. Die eingesetzten Gifte kontaminieren dauerhaft die Böden, gelangen in die Flüsse und ins Meer, wo die Strömungen sie bis in polare Regionen tragen.

Wie allen großen Konzernen geht es Monsanto einzig und allein um den Mega-Profit. Unter Androhung massiver Vertragsstrafen und mit dem Hinweis auf sein



Patentrecht, werden die Abnehmer des transgenen Saatgutes verpflichtet, aus geernteten Pflanzen kein neues Saatgut zu gewinnen. Um dies sicherzustellen, unterhält der Konzern eine spezielle Abteilung, die von amerikanischen Farmern „seed police“ (Saatgut-Polizei) genannt wird. Mit „Detektiven“ werden verdächtige Kunden bespitzelt und eingeschüchtert. Da die Monsanto-Pflanzen die Felder mit konventionellem und Bio-Anbau schon nach kurzer Zeit durch Flugpollen „kontaminiert“ hatten, strengte Monsanto vor allem in den USA gegen die unfreiwillig betroffenen Farmer Prozesse wegen Patentverletzung an. Viele Farmer unterwarfen sich dem Monsanto-Diktat, gaben auf oder wurden in den Bankrott getrieben.

Doch es regt sich auch heftiger Widerstand. Mittlerweile kämpfen die US-Farmer für ein Gesetz, das sie vor den Übergriffen des Konzernriesen schützen soll. Obwohl Präsident Obama versprochen hatte, die Machenschaften der industriellen Landwirtschaft einzudämmen, hat sich nicht viel geändert. Der Monsanto-Chef-

Lobbyist Taylor ist in der Obama-Administration zuständig für Ernährungsfragen. Die skandalöse personelle Verflechtung zwischen dem Konzern und den US-Behörden FDA (Ernährung) und EPA (Umwelt) verhindern jegliches Umdenken.

Es heißt, Monsanto habe das Erbgut von fast 90 Prozent aller Nutzpflanzen unter Kontrolle. In Europa ist der Konzern jedoch auf dem Rückzug, denn die Verbraucher lehnen gentechnisch manipulierte Lebensmittel konsequent ab. Auch BASF, Kooperationspartner von Monsanto, hat kürzlich seine Abteilung für gentechnisch veränderte Pflanzen – nach dem Verbot des Anbaus der Gen-Kartoffel „Amflora“ – in die USA verlagert.

Selbst Ilse Aigner reagierte auf die Vereinnahmungsversuche des Mega-Konzerns. Sie sprach sich gegen die Patentierung von gentechnisch veränderten Pflanzen aus und ließ den Anbau von Mais „Mon 810“ in Deutschland verbieten. Monsanto klagte erfolglos dagegen.

Weltweit laufen Prozesse gegen Monsanto wegen Korruption oder falscher Deklaration als „biologisch abbaubar“. In Indien gerieten Bauern in die Abhängigkeit des Konzerns durch dessen Baumwoll-Saatgut, das ein „Terminator-Gen“ enthielt: Es ließ sich aus geernteten Pflanzen kein fortpflanzungsfähiges Saatgut gewinnen. Dies trieb viele Bauern in den Ruin und den Selbstmord. 1998 verbot die indische Regierung die „Terminator-Baumwolle“. In Mali werden durch die Praktiken des Unternehmens bewährte bäuerliche Traditionen und ein ganzes Gesellschaftssystem zerstört. Monsanto trägt somit seinen Teil bei zur Verelendung und Abhängigkeit der sogenannten Dritten Welt.

Manche Politiker haben begriffen und gehandelt, wenn meistens auch zu spät. Andere Politiker stellen sich weiterhin taub, blind und stumm, um Monsanto zu Diensten zu sein. Das letzte Kapitel dieses „Krimis“ ist noch nicht geschrieben, denn niemand kann heute die Spätfolgen für unsere Gesundheit prognostizieren, wenn die Verfütterung von Monsanto-Sojabohnen und -schrot in der Massentierhaltung weitergeht wie bisher.

Eins ist allerdings sicher: Es wird vor allem die Fleischesser treffen....

Franziska Gerhardt
Redaktion ZeitenWENDE

Realität Klimaerwärmung: Worauf kann man sich noch verlassen?

Jeden Monat ein anderes Wetter

Natürlich werden die Klimawandel-Skeptiker wieder sagen, dass es solche Wetterphänomene auch schon früher gegeben hat. Natürlich werden sie wieder behaupten, das alles hätte überhaupt nichts mit dem Klimawandel zu tun.

Und da die Klimaforschung nun mal viel mit Statistiken, Prognosen, Wahrscheinlichkeiten und unberechenbaren Faktoren zu tun hat, ist es leicht, alle Erkenntnisse anzuzweifeln. Aber sind die extremen Wetterlagen wirklich noch normal?

Im November hatten wir die längste Trockenzeit seit 130 Jahren – es war der Monat mit dem wenigsten Regen seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Die Flüsse hatten genauso niedrige Pegel wie im Jahrhundertssommer 2003. Dafür gab es dann im Dezember fast doppelt so viel Niederschlag wie im normalen Monatsdurchschnitt. Und Anfang Januar kletterte das Thermometer dann auf über 12° Celsius – ein Wunder, dass die Biergärten in Bayern nicht öffneten...

Am 03. Januar 2012 war es mit 12° Celsius in Berlin genauso warm wie am 02. Juli des Vorjahres, an dem wir uns – mitten im Sommer – im Übrigen einen schönen, warmen Sonntag gewünscht hätten. In Baden-Baden waren es sogar 14,6°. Gleichzeitig wurden von einer auf 600 Meter gelegenen Wetterstation im Norden Griechenlands minus 18 Grad gemessen. Während die Griechen froren, drehten wir unsere Heizungen herunter. Und das, obwohl die Meteorologen Ende Oktober einen „Horrorwinter“ prophezeit hatten!

Nach den sehr milden Temperaturen kam übergangslos das Hochdruckgebiet „Cooper“. Entstanden ist es wahrscheinlich als Folge der zu dieser Jahreszeit ungewöhnlich warmen Strömungen im Nordmeer, die mitten im russischen Winter riesige Eismengen der Karasee zum Abschmelzen brachten. In Ost- und Nordeuropa gab es plötzlich Minuswerte bis zu 31° Celsius; zahllose Ob-

dachlose fielen der arktischen Kälte zum Opfer und ohne Frage auch unzählige Wildtiere.

Ziemlich ungewöhnlich war darüber hinaus auch, dass Anfang Februar in Tunesien und Algerien 30 bis 40 Zentimeter Schnee fielen, also in Ländern, die normalerweise eher milde Temperaturen im Winter aufweisen. Unter der Schneelast zusammenbrechende Dächer, vereiste Straßen sowie Kohlenmonoxid-Vergiftungen als Folge schadhafter Heizungsinstallationen sorgten auch hier für zahlreiche Verletzte und Tote. Für Nordafrika war es die schlimmste Kältewelle seit 1954.

Dass kältere Temperaturen dem fortschreitenden Klimawandel, der eigentlich schon eine Klimakatastrophe ist, nicht widersprechen, sondern ihn sogar noch bestätigen, haben nun Forscher des Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung festgestellt und in einer Studie veröffentlicht. Die im Magazin „Tellus A“ veröffentlichte Analyse zeigt einen Zusammenhang zwischen dem im Sommer schrumpfenden Arktis-Eis und dem extremen Winterwetter in Europa. Einfach ausgedrückt: Je geringer die sommerliche Meereisbedeckung, desto größer die Wahrscheinlichkeit arktischer Kälte in unseren Breiten im darauf folgenden Winter.

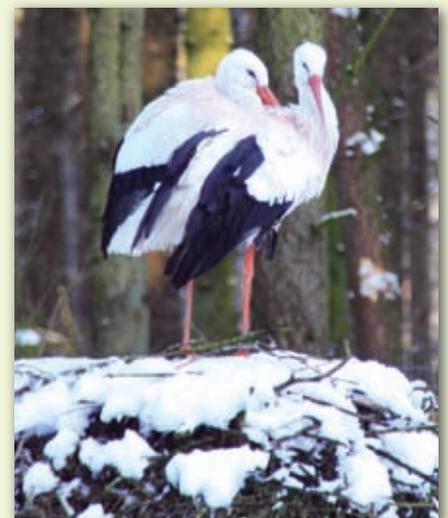
Natürlich gibt es viele andere Faktoren, die ebenfalls einen Einfluss auf den Verlauf des Winters bei uns haben; deshalb wird es wohl immer eine gewisse Unsicherheit bei Wetterprognosen geben. Aber die Wahrscheinlichkeit von arktischen Temperaturen in unseren Regionen wird sich nach Erkenntnissen des Potsdamer Instituts für Kli-

mafolgenforschung wohl verdreifachen. Und trotzdem erwärmt sich unser Klima weiter, auch wenn es für den Laien anders aussieht. Abschmelzende Eismassen jedoch sprechen eine deutliche Sprache und sind bei der „Zielstrebigkeit“, mit der die internationale Gemeinschaft gegen den Klimawandel vorgeht, wohl auch nicht mehr aufzuhalten. Manche Forscher gehen bereits davon aus, dass die Arktis in 20 Jahren eisfrei sein könnte.

Die politisch Verantwortlichen verschließen trotz aller Alarmsignale die Augen und üben sich in Verlautbarungen lapidarer Absichtserklärungen. Ist abzusehen, dass sich daran etwas ändert? Ein so warmer Winter hat natürlich auch für die Natur und zahlreiche Tierarten negative Folgen. Rechnen wir in Zukunft lieber damit, dass wir mit allem rechnen müssen!

Horst Wester

Redaktion ZeitenWENDE



Aktuelle Zahlen, Fakten und neue Produkte

We go Veggie

Ein Lebensstil fasst Fuß

Die Entwicklung hin zur tierleidfreien Lebensweise scheint in Deutschland unumkehrbar zu sein! Der VEBU ging im Jahr 2010 von rund 6 Millionen Vegetariern, einschließlich etwa 600 000 Veganern aus, das entspricht 8 % der Bevölkerung; 1983 waren es nur etwa 0,6 %.

Die Zahl hat sich also in 20 Jahren mehr als verzehnfacht! Damit ist Deutschland zusammen mit der Schweiz das Land mit dem höchsten Vegetarier-Anteil Europas.

Die Gründe hierfür sind vielfältig: Neben gesundheitlichen Aspekten spielen Tier- und Umweltschutz eine wichtige Rolle – nicht zu vergessen die immer wiederkehrenden Lebensmittelskandale.

Noch vor einigen Jahren stand für neue und alte „Veggies“ – Vegetarier und Veganer – nur eine sehr kleine Auswahl an „Ersatzprodukten“ zur Verfügung. Doch gerade in den letzten Jahren hat der Markt der vegetarischen und der veganen Produkte extrem aufgeholt – es gibt kaum etwas, was es nicht gibt: Seitan-Gulasch, Soja-Medaillons, Tofu-Wiener, „Wurst“-Aufschnitt, Sojasahne, Sojajoghurt, Ei-Ersatz, vegetarisch/veganer Käse und vielfältige Brotaufstriche.

Mittlerweile kann man sogar zwischen verschiedenen Marken wählen, und selbst im Discounter wird die Angebotspalette immer größer. „Taifun“, „Wheaty“, „Veggie-Life“ und andere Hersteller bieten die unterschiedlichsten „Wurstwaren“ an: Salami, Rauchaufschnitt, Würstchen, Schinken, Rostbraten und mehr. Selbst Käse-Ersatz gibt es mittlerweile. So bietet „No-Moo“ Hartkäse an, „Heirler“ und „Tofutti“ haben verschiedene Frischkäsesorten und Scheiblettenkäse im Sortiment. Das Sortiment von „Veganversand.at“ ist besonders

umfangreich und die „Käseprodukte“ schmecken hervorragend. Sahne und Milch aus Sojabohnen von „alpro“ und „provamel“ gibt es fast in jedem Einkaufsmarkt.

In den letzten zwei Jahren haben vermehrt rein vegane Supermärkte eröffnet, und zwar in Berlin, Dortmund und Hannover. Im „Veganz“ (Berlin) findet man neben einer großen Auswahl an „Fleisch“,

und in Braunschweig wird im April das „Planet vega“ seine Pforten öffnen.

Im Internet bieten viele Online-Shops wie beispielsweise „Vegan Wonderland“, „veganbasics“ oder „alles-vegetarisch“ die Möglichkeit des unkomplizierten Einkaufs per PC. Die Auswahl der Online-Shops ist sehr groß, teilweise kann man auch die Kunden-Bewertungen der Produkte einsehen. Auch vegane Kosmetik und Bekleidung muss man nicht mehr mit der Lupe suchen: Verschiedene Hersteller bieten ein Sortiment an, das vegetarisch oder vegan und tierversuchsfrei ist. „Lush“ wirbt mit handgemachter Kosmetik, 80 Prozent davon sind vegan. „Ringana“ bietet ausschließlich vegane Kosmetik an. Kleidung und Schuhe gibt es bereits sowohl in Fachgeschäften als auch im Internet bei Spezialanbietern wie „Muso Koroni“ oder „roots of compassion“. Dies alles wie auch die vermehrten Berichte in Zeitungen und im TV zeigen, dass der Lebensstil des Vegetarismus und Veganismus in der Bevölkerung angekommen ist und sich immer mehr Verbraucher/innen der Vorteile für uns Menschen, für die Umwelt und für die Tiere bewusst sind. In diesem Sinne: GO VEGAN and save the planet!

Übrigens: Wussten Sie, dass unsere Vorstandsssekretärin Sabine Jedzig auch einen Internet-Shop für tierversuchsfreie Kosmetik betreibt? (www.kameha.de)

Sabine Pankau
Redaktion ZeitenWENDE



Wurst, Käse, Schokolade, Getränken und Rohkostprodukten auch einen Brot- und Kuchentresen mit eigenen Produkten, die keine Wünsche offen lassen und gleich an Ort und Stelle konsumiert werden können. Auch in Dortmund ist an den veganen Supermarkt ein veganes Café angeschlossen, das „Cakes 'n Treats“, in dem man traumhafte Tortenkreationen genießen kann. In Hannover bietet das „Nature's Food“ ein breites Angebot,

Bericht über die Mega-Demo 2012 in Berlin

Wir haben es **satt!**

Wenn sich weit über 20 000 Menschen im Monat Januar bei Eiseskälte nach Berlin aufmachen, um gegen das Verbrechen Intensivtierhaltung zu demonstrieren, so müsste das für eine Regierung ein Alarmsignal sein, die Richtung zu ändern. Dies umso mehr, als die Scharen von Demonstrant/innen mit Sicherheit nur „die Spitze des Eisbergs“ sind von vielen Tausend Gleichgesinnter, die die Ignoranz der jetzigen Regierung „satt haben“.

Auf einen Systemwandel in der Agrarpolitik wartet man seit Jahrzehnten vergeblich und man fragt sich: Was muss noch geschehen, bis die Berliner Betonköpfe endlich einsehen, dass sie nicht gewählt wurden, um für Lobbyisten Politik zu machen?

Von unserem Selbstverständnis her haben wir von der Partei Mensch Umwelt Tierschutz die blau-gelbe Ignoranz natürlich besonders satt, ist doch eins unserer wichtigsten Ziele, zur Befreiung der Tiere aus der Hölle Massentierhaltung beizutragen. Wie im Vorjahr war unsere Partei mit Fahnen und Transparenten sowie einem Info-Stand vor Ort. Mit dabei waren aus dem Bundesvorstand Stefan Eck, Sabine Pankau, Margret Giese, Michael Bode sowie viele andere Parteimitglieder.

Wie im Jahr 2011 war die Abschaffung der quälenden Intensivhaltung von „Nutztieren“ jeder Art das verbindende Anliegen der Demonstranten. Im Übrigen aber ist bei einer solchen Vielzahl von Menschen – über 90 Vereine und Organisationen waren vertreten – eine erhebliche Bandbreite von persönlichen Einstellungen und Anliegen selbstverständlich. Die meisten begnügen sich vermutlich mit dem Appell „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“ und wollen dabei die konventionelle „artgerechte“ Tierhaltung unterstützen, die ihnen beim Fleischessen zumindest ein einigermaßen ruhiges Gewissen verschafft. Am anderen Ende der Palette stehen die Veganer, die auch die Zwischenstufe Vegetaris-

mus bereits hinter sich gelassen haben – ohne Zweifel der einzig wahre Tierschutz. „Schlachten ist kein Tierschutz“ hieß es ebenso schlicht wie eindrucksvoll auf einem der gesichteten Schilder.

Für unsere Partei kann die Rückkehr zu einer Landwirtschaft mit „artgerechter“ Tierhaltung natürlich nur ein erster Schritt sein hin zu einer Landwirtschaft ohne Tierhaltung. Dieses langfristige Ziel vor Augen,



werden wir uns auch weiterhin an Demonstrationen beteiligen, die die Abschaffung der schlimmsten Tierquälereien in den Massenhaltungen fordern!

Neben dem Trennenden innerhalb der Phalanx der Demonstrant/innen gibt es zweifellos vieles, das – über das Mitleiden mit den misshandelten Tieren hinaus – verbindet und das wohl alle Bürgerinnen und Bürger satt haben, sofern sie noch nicht in Apathie verfallen sind: die negativen Folgen der industriellen Tierhaltung

in Form nicht abreißender Lebensmittel-skandale, die Abstumpfung der „Antibiotika-Waffen“ durch den Missbrauch in der Tiermast, gentechnisch veränderte Produkte in der Nahrungsmittelkette, der dramatische Rückgang der Artenvielfalt durch die Ausbreitung von Monokulturen, nicht zuletzt die ungerechte Subventionspolitik der EU u.a.m. Und wer weiterdenkt, einbezieht die lebensbedrohlichen Probleme,

mit denen die Länder in der sog. Dritten Welt zu kämpfen haben: Die Nigerianerin Mariann Basse, Sprecherin des internationalen Netzwerks Friends of the Earth, fasste sie in Berlin in ihrer anklagenden Rede an die Politiker zusammen: „Die Politik hat schrankenlose Spekulationen auf Lebensmittel erst möglich gemacht. Gleichzeitig ist sie für den Landraub für Futtermittel und Agrosprit in den Ländern des Südens verantwortlich. Das alles treibt die Lebensmittelpreise hoch und schließt Hungernde vom Zugang zu fruchtbarem Land und zu Lebensmitteln aus. Für das Menschenrecht auf Nahrung müssen Spekulation und der Agrospritboom ausgebremst werden. Die europäische Agrarpolitik braucht eine Kehrtwende weg von Überproduktion und Fleischexporten.“

Angesichts der Verzweiflung, die hinter solchen Worten steht, sollte es sich von selbst verbieten, der weiteren Ausdehnung der Massentierhaltung das Wort zu reden. Es ist das Gebot der Stunde, sie ohne Wenn und Aber zu beenden!

Margret Giese
Redaktion ZeitenWENDE

Wir waren volle drei Tage in Aktion...

VeggieWorld 2012

Auch in diesem Jahr fand wieder die Messe „VeggieWorld“ statt, die der Vegetarierbund seit 2011 veranstaltet. Vom 24. bis zum 26. Februar 2012 fanden sich in den Rhein-Main-Hallen in Wiesbaden rund 40 verschiedene Tierschutzorganisationen, zahlreiche Anbieter von veganen und vegetarischen Lebensmitteln ein; auch wir waren mit einem eigenen Stand vertreten.

Die Besucher/innen konnten sich über das vielfältige Angebot vegetarischer und veganer Produkte informieren – meist in Form kleiner Kostproben, die es selbstverständlich gratis gab, ebenso wie die ausführlichen Beratungen über eine vegetarisch/vegane Ernährungsweise. Daneben gab es Aussteller (aus Deutschland, der Schweiz, Österreich und Italien) für Kosmetik ohne Tierversuche, ökologische Kleidung, biologische Fair-Trade-Produkte, spezielle Küchengeräte sowie Fachliteratur und vieles mehr. Die Messe wurde durch ein vielfältiges Rahmenprogramm, z.B. mit einer Kochshow mit Jerome Eckmeier aus Leer und mit zahlreichen Vorträgen abgerundet.

Die Resonanz war diesmal noch größer als im letzten Jahr – 23 000 Besucher/innen! Dies dürfte ein eindeutiges Zeichen dafür sein, dass es mit dem Vegetarismus und Veganismus vorangeht.

Mit unserem Messestand versuchten wir unsere Partei bekannter zu machen, indem wir mit den Besuchern/innen über unsere speziellen Schwerpunktthemen diskutierten und sie vor allem darauf aufmerksam machten, dass wir die einzige Partei in Deutschland sind, die sich in ihrem Grundsatzprogramm konsequent für eine vegetarisch/vegane Gesellschaft ausspricht.

Volle drei Tage lang waren wir in Aktion: Neben unserem Vorsitzenden Stefan Bernhard Eck waren Petra Kuppinger, Christa Rust, Michael Siethoff, Sabine Pankau, Nina Franz, Thorsten Ritz, Anna

Ritz und Rainer Machts aktiv und verteilten mehrere Tausend Informationsbroschüren, darunter ein Faltblatt („Wir sind veggie“), das speziell für die Messe entworfen wurde. Außerdem sammelten wir für die Kampagne „Schächten und Akkordschlachten“ über 400 Unterschriften sowie weitere 400 Unterschriften für den Verein „Stumme Schreie e.V.“.

Besonders hervorzuheben ist der Vor-

trag von Barbara Rütting, die gleich zu Beginn unseren Bundesvorsitzenden auf die Bühne bat, um ihm die Gelegenheit zu geben, ein paar Worte an das Publikum zu richten – insbesondere im Hinblick auf die neuen Chancen für unsere Partei bezüglich der Europa-Wahl 2014. Ihr Vortrag im Anschluss war ein Aufruf an diejenigen, die manchmal daran verzweifeln, wie langsam gerade im Bereich Tierrechte die Entwicklung voranschreitet. Sie rief dazu auf, sich nicht entmutigen zu lassen

und immer weiterzumachen. Da sich vor allem die Politiker der etablierten Parteien im Bereich „Tierschutz/Tierrechte“ nicht weiterentwickeln, sei dies schwer, allerdings sei gerade in den letzten beiden Jahren seitens der Medien – Presse und TV – viel dazu beigetragen worden, dass die Themen Tierrechte und Tierschutz in den Fokus der Öffentlichkeit gelangten.

Erfreulicherweise wächst das Interesse

an der vegetarisch/vegane Lebensweise. „Noch vor wenigen Jahren rechnete keiner mit dem Erfolg einer derartigen Messe. Die wachsende Nachfrage der Besucher- und Ausstellerseite macht deshalb umso mehr deutlich, dass der vegetarische Lifestyle längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist“, so Sebastian Zösch, Geschäftsführer des VEBU. Vergleicht man die Besucher/innen der „VeggieWorld“ mit den politisch Verantwortlichen in Berlin, so kann man konstatieren, dass das ethische Bewusstsein der Erstgenannten hinsichtlich der Mensch-Tier-Beziehung wesentlich

entwickelter ist; sie verschließen ihre Augen und Ohren nicht vor dem Leid und Wehklagen der Tiere.

In diesem Jahr findet in Düsseldorf vom 01. bis 02. September eine weitere „VeggieWorld“-Messe statt, an der auch die Partei Mensch Umwelt Tierschutz mit einem eigenen Stand wieder teilnehmen wird. Die ersten Vorbereitungen für dieses Projekt sind bereits angelaufen.

Sabine Pankau

Redaktion ZeitenWENDE



trag von Barbara Rütting, die gleich zu Beginn unseren Bundesvorsitzenden auf die Bühne bat, um ihm die Gelegenheit zu geben, ein paar Worte an das Publikum zu richten – insbesondere im Hinblick auf die neuen Chancen für unsere Partei bezüglich der Europa-Wahl 2014. Ihr Vortrag im Anschluss war ein Aufruf an diejenigen, die manchmal daran verzweifeln, wie langsam gerade im Bereich Tierrechte die Entwicklung voranschreitet. Sie rief dazu auf, sich nicht entmutigen zu lassen

Mit unseren Kooperationspartnern auf der Frühjahrsmesse Kassel

Zum Verdruss der Jäger...

Dieses Jahr konnte sich die Jägerschaft nicht – wie bisher gewohnt – auf der „Frühjahrsmesse Kassel“ als Heger, Pfleger und Naturschützer präsentieren, denn dieses „Revier“ wurde ihnen nicht mehr kampfflos überlassen.



Die Grünröcke hatten damit eine Möglichkeit weniger, die Bevölkerung mit ihrem „Jägerlatein“ hinters Licht zu führen.

Die jährliche Frühjahrsmesse in Kassel bietet mit etwa 500 Ausstellern in 13 Hallen alles rund um die Themen Garten, Reisen, Freizeit, Heim, Energiesparen und Natur an. Vom 25. Februar bis zum 04. März 2012 kamen mehr als 113 000 Besucher.

Der BAK Jagd unserer Partei war mit seinem „Aktionsbündnis Jagdfreie Natur“ unter der Regie der Anti-Jagd-Allianz e.V. und pro iure animalis mit einem gemeinsamen Stand von gut 20 Quadratmeter Größe in der Halle 5 vertreten. Ebenfalls in Halle 5 waren neben dem „Nationalpark Kellerwald-Edersee“, „Alternativer Bärenpark Worbis“, dem „Landesbetrieb Hessen-Forst“, der seine Auffassung über den Schutz und Erhalt der heimischen Fauna und Flora vorstellte, auch die Kreisjagdvereine aus Nordhessen mit eigenen Messeständen vor Ort – nur wenige Meter entfernt von uns. Die Besucher konnten sich dadurch erstmalig mit ganz konträren Auffassungen über die Jagd auseinandersetzen.

„Wir bringen Licht in das finstere Kapi-

tel Jagd“ war das Motto unseres Messestandes, der von Harald Hoos (LV Rheinland-Pfalz), René Hartje und Kristine Conrad (LV Hessen) geplant, organisiert und durchgeführt wurde. Unterstützung bei der Standbetreuung und bei der Flugblattverteilung gab es an diesen 9 Tagen von den Parteimitgliedern Horst Wester, Christa Rust, Erna Meyer sowie vom Vorsitzenden Stefan Eck. Daneben waren die Vereinsmitglieder der Anti-Jagd-Allianz e.V. tatkräftig beim Auf- und Abbau zur Stelle.

Durch unsere Anwesenheit wurde die Halle 5, die viele Jahre die Jäger zur schöngefärbten Selbstdarstellung nutzten, zeitweise zum Austragungsort heißer Diskussionen über das „Pro und Kontra“ der Jagd. Zwei unterschiedliche Standpunkte prallten aufeinander; die Jagd, ein brisantes Thema, das ohnehin die Meinung der Bevölkerung spaltet, wurde diesmal von allen Seiten beleuchtet – sehr zum Missfallen der anwesenden Kreisjagdvereine aus Nordhessen, denn diesmal hatte man die Möglichkeit, sich an unserem Stand über Alternativen zu informieren.

„Jagd ist eine Nebenform menschlicher Geisteskrankheit“ war auf einer unübersehbaren Schautafel zu lesen. Für die vielen Nicht-Jäger ein Blickfang und ein Grund zum Stehenbleiben, für einige Jäger war es natürlich eine Provokation. Das Zitat von Theodor Heuss, dem ersten Bundespräsi-

denten Deutschlands, war häufig der Ausgangspunkt harter und kontroverser Diskussionsrunden.

Haustierabschuss, Fallenjagd, Verwendung von umweltschädlicher Bleimunition und die Zusammenhänge zwischen Jagd und Überpopulationen bei Wildtieren waren die Hauptthemen, für die sich die Besucher interessierten.

Es ging bei dieser Messepräsentation nicht darum, die Jäger von ihrem widersinnigen Handeln abzubringen, sondern die Bevölkerung aufzuklären. Die 0,4 % unserer schießenden Bevölkerung (Jäger/innen) wurden – soweit es möglich war – ignoriert, um den Vertretern der verbleibenden 99,6 % der Bevölkerung unlegbare Fakten an die Hand zu geben: Hunderte von Gesprächen wurden geführt, große Mengen Flugblätter und sonstiges Infomaterial wurde verteilt und die Jagd mit vielen eindrucksvollen Exponaten von ihrer grausamen Seite beleuchtet.

Das Interesse am Thema „Jagdfreie Natur“ war gewaltig. Die zahlreichen Gespräche während der 9 Messetage haben bewirkt, dass bei vielen, die sich bisher noch niemals mit diesem Thema beschäftigt hatten, „Licht in das finstere Kapitel Jagd“ gebracht und ein kritisches Überdenken angeregt wurde.

Insgesamt hat sich der Messemarathon gelohnt. Für nächstes Jahr wurde bereits wieder ein Standplatz gebucht, denn „nichts sehen, nichts hören, nichts sagen“ ist nicht unsere Devise! *Kristine Conrad*
Redaktion ZeitenWENDE



Tierethik und Tierrechtsphilosophie - Teil I

Revolutionen beginnen im Kopf!

Epochale Umbrüche und große Revolutionen in der Menschheitsgeschichte begannen immer im Kopf – meist in den Köpfen herausragender Philosophen oder charismatischer politischer „Vordenker“.

Auch bei der „Tierethik“ und der modernen Tierrechtsphilosophie waren es vor allem die Philosophen, die mit ihren Schriften den geistigen Anstoß lieferten und zur „Befreiung der Tiere“ die notwendige Munition lieferten. Mit dieser Artikelserie wollen wir unsere Leser/innen mit der Geschichte der Tierethik und der modernen Tierrechtsphilosophie ein wenig vertraut machen.

Die Anfänge der Tierethik

Die Geschichte der Tierethik reicht bis weit in das Zeitalter der Antike zurück und schon dort lassen sich Ansätze und Positionen finden, die unser Denken bis heute prägen.

Die ersten Wurzeln einer Ethik, in der Tiere eine moralische Berücksichtigung finden, gehen zurück auf die indische Religion des Jainismus. Bereits vor 2500 Jahren sprach Mahavira, einer der ersten Lehrer des Jainismus, von der Pflicht zur Gewaltlosigkeit gegenüber allen Lebewesen. Die Anhänger dieser Religion gehen davon aus, dass alles Lebendige im Universum beseelt ist und der Mensch bestrebt sein muss, keine Seele zu verletzen. „Ahimsa“ ist das oberste Gebot der Jains. Es bedeutet „Nichtverletzen“ und kommt

somit einem Tötungsverbot gegenüber jedem lebendigen Wesen gleich.

Jain-Mönche folgen diesem Gebot mit absoluter und beachtlicher Konsequenz.

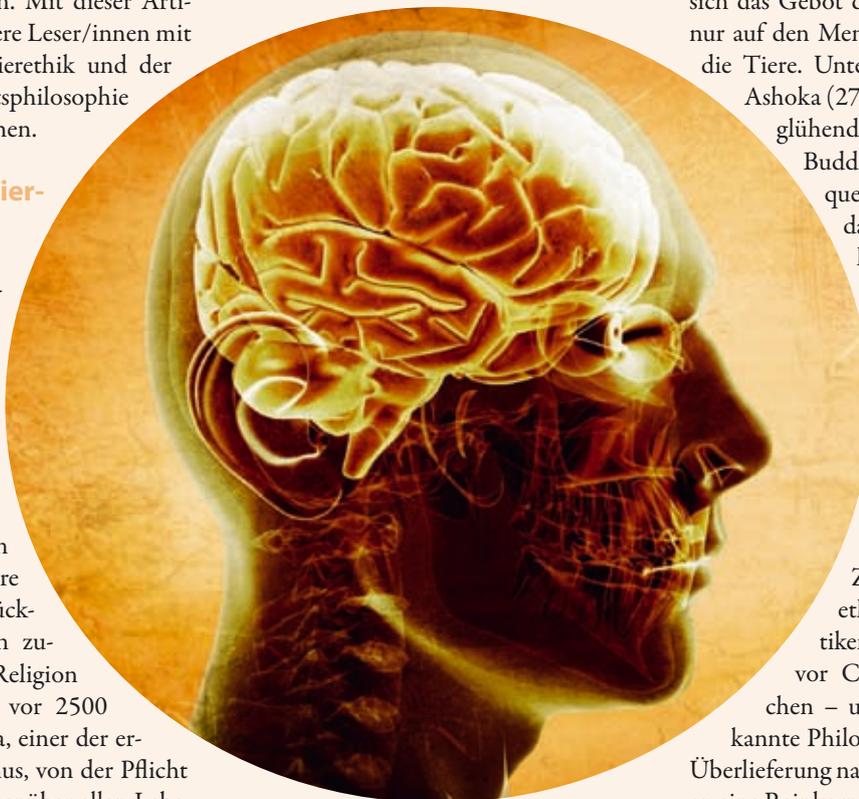
strenge Vegetarier und leben ihren Alltag mit dem Bewusstsein der absoluten Ebenbürtigkeit mit den Tieren und der Natur.

Auch im Buddhismus, der im nördlichen Indien zeitgleich entstand, bezog sich das Gebot der Gewaltlosigkeit nicht nur auf den Menschen, sondern auch auf die Tiere. Unter dem indischen Kaiser Ashoka (272 v. Chr.-232 v. Chr.), ein glühender Anhänger der Lehre Buddhas, gab es so konsequente Tierschutzgesetze, dass man davon ausgehen kann, dass sich unter seiner Regentschaft die Bevölkerung vegetarisch ernähren musste.

Positionen im antiken Griechenland

Etwa in der gleichen Zeit findet man „tierethische“ Positionen im antiken Griechenland. Um 500 vor Chr. glaubten viele Griechen – unter ihnen auch der bekannte Philosoph Pythagoras, der der Überlieferung nach selbst Vegetarier war – an eine Reinkarnation (Seelenwanderung) bei Mensch und Tier. Deshalb lehnten sie Tieropfer für die Götter und zum Teil sogar fleischliche Nahrung ab.

Die wahren Beweggründe dürften allerdings eher anthropozentrischer Natur gewesen sein, denn es ging Pythagoras >



So tragen sie beispielsweise Tücher vor dem Mund, um nicht versehentlich kleine Tiere mit der Atemluft zu verschlucken; sie verzehren aus dem gleichen Grund ihre Speisen nur bei Tageslicht. Alle Jains sind

und seinen Gleichgesinnten in erster Linie um die Reinhaltung der eigenen Seele und weniger um das Wohlergehen der Tiere.

Plutarch sprach sich für Vegetarismus aus

Erste ethische Ansätze zur Mensch-Tier-Beziehung, die auf eine tiefere Reflektion schließen lassen, findet man viel später – im ersten Jahrhundert nach Christus bei dem griechischen Philosophen Plutarch. Zwar stützte er sich ebenfalls auf die Theorie der Seelenwanderung von Pythagoras, ging in seiner Argumentation aber noch einen entscheidenden Schritt weiter. Plutarch wollte vor allem Gerechtigkeit für die Tiere. Er war überzeugt, dass auch Tiere empfindungs- und vernunftfähig sind. Deshalb sprach er sich für eine pflanzliche Ernährungsweise und gegen das Schlachten von Tieren aus! Auch wies er darauf hin, dass der Mensch von Natur aus kein Fleischesser sei und forderte diejenigen Menschen auf, die auf fleischliche Nahrung nicht verzichten wollten: „Töte selbst, was Du verzehren willst, aber durch deine angeborenen Waffen ohne Schlachtmesser, Hammer und Beil.“ Plutarch sprach Tieren einen Eigenwert zu und stellte sich damit gegen die vorherrschenden Theorien von Aristoteles und den Stoikern. Diese gingen davon aus, dass Tiere keine Fähigkeit zur Vernunft besäßen und somit nicht in der Lage seien, Glückseligkeit als anzustrebendes Ziel zu erreichen. Diese

Sichtweise hatte zur Folge, dass Tiere aus jeder intellektuellen Ethik herausfielen, da es keinerlei Gründe gab, sich als überlegener Mensch dem Tier in irgendeiner Art und Weise verpflichtet zu fühlen.

Plutarch hingegen vertrat den Standpunkt, dass der unnötige Fleischverzehr in keinem Verhältnis zu dem damit einhergehenden Tierleid stehe. Diese Auffassung, dass keinem Tier unnötig Schmerz oder Leid zugefügt werden darf, ist bis heute eine grundlegende Forderung des Tierschutzes und findet sich in § 1 des Deutschen Tierschutzgesetzes wieder.

Leider blieb Plutarch ein Einzelkämpfer, und bis zum Beginn der Neuzeit gab es keine weiteren nennenswerten Denker, die sich der Tierethik widmeten.

Die Beziehung zwischen Menschen und Tieren im Mittelalter war von Anthropozentrismus und den tief-speziesistischen Auffassungen im Sinne von Aristoteles geprägt, nach dem das Tier ausschließlich dem Menschen zum Nutzen und Wohlgefallen geschaffen wurde.

Demut gegenüber der göttlichen Schöpfung

Eine der wenigen Ausnahmen war Franz von Assisi, der bis heute als einer der ersten Tier- und Umweltschützer zählt. Er predigte sein ganzes Leben lang Demut gegenüber der gesamten göttlichen Schöpfung und forderte von den Menschen Barmherzigkeit für alle Lebewesen. Un-

zählige Tierschutzorganisationen und Tierheime tragen heute seinen Namen.

Wenn es also auch recht wenige waren, die sich für einen besseren Status der Tiere einsetzten, so zeigt doch die Geschichte, dass es bereits lange vor dem Entstehen der modernen Tierethik Menschen gab, die zwischen den menschlichen und den nichtmenschlichen Tieren keine Trennung sahen, sondern eine Verbundenheit, die Wohlwollen, Rücksicht und sogar Gerechtigkeit erfordert.

Franziska Schneider
Redaktion ZeitenWENDE



Franz von Assisi

Liebe Parteimitglieder,

wenn Sie diese Ausgabe der ZeitenWENDE in Händen halten, ist das Osterfest bereits vorbei. Ein nachträgliches Geschenk ist das beiliegende Buch von Dr. Gunter Bleibohm „Fluch der Geburt“.

Der Verfasser bringt neben der großen Frage über den Sinn des Daseins auch seine Gedanken zum Ausdruck, dass es angesichts der 7 Milliarden Menschen, die den Planeten schon heute an den Rand seiner Belastbarkeit bringen, an der Zeit ist für eine radikale Begrenzung der menschlichen Nachkommenschaft. Eine ungewöhnliche Antwort auf die Daseinsfrage und seine besorgten Überlegungen über die menschliche Population werden mit philosophischem Tiefgang übermittelt, was die Lektüre zweifellos nicht einfach macht und voraussetzt, dass man sich genügend Zeit zum Lesen nimmt.



Zugegeben, der Verfasser vertritt unkonventionelle Ansichten, und zweifellos werden etliche von Ihnen seine Auffassungen nicht teilen. Die Lektüre dürfte dennoch ein Gewinn sein, sofern man offen ist für konträre Meinungen und sich darüber Gedanken macht.

In diesem Sinne würden wir uns zusammen mit dem Verfasser freuen, wenn Sie das Buch nicht vorschnell zur Seite legen, sondern sich mit seinen provozierenden Thesen auseinandersetzen würden.

Margret Giese
Redaktion ZeitenWENDE

Mitglieder des Bundesvorstandes

Funktion/Aufgaben	Name	Anschrift	Telefon/Fax	E-Mail
Vorsitzender <i>Parteiführung, Ltg. ZW, FK, Programm- u. Satzungskommission</i>	Eck, Stefan Bernhard	Preußenstraße 62 66111 Saarbrücken	Tel. 06 81/9 40 32 07 Fax 06 81/9 40 32 05	stefan-eck@ tierschutzpartei.de
Erste stellv. Vorsitzende <i>Event-Management, FK, Programm- u. Satzungskommission</i>	Pankau, Sabine	Altewiekring 20c 38102 Braunschweig	Tel. 01 70/9 00 86 38 Fax 05 31/20 85 44 4	sabine-pankau@ tierschutzpartei.de
Zweiter stellv. Vorsitzender <i>AG PR & Wahlen, Programm- u. Satzungskommission</i>	Wester, Horst	Hesselbergstraße 13 91725 Ehingen	Tel. 0 98 35/17 59 Fax 0 98 35/9 77 96 64	horst-wester@ tierschutzpartei.de
Schatzmeisterin <i>Finanzverwaltung, FK, Programm- u. Satzungskommission</i>	Engelschall, Christine	Hochbrückenstraße 8 80331 München	Tel. 0 89/25 54 88 01 Fax 0 89/25 54 88 02	christine-engelschall@ tierschutzpartei.de
Stellv. Schatzmeister <i>Finanzverwaltung, FK, AG PR & Wahlen, BAK Jagd</i>	Hoos, Harald	Bornergasse 45 76829 Landau	Tel. 0 63 41/89 90 40 Fax 0 63 41/63 87 9	harald-hoos@ tierschutzpartei.de
Schriftführerin <i>Schriftführung, FK, Programm- u. Satzungskommission</i>	Nauheimer, Barbara	Weinberg 15 82211 Herrsching	Tel. 0 81 52/92 53 26 Fax 0 81 52/92 53 27	barbara-nauheimer@ tierschutzpartei.de
Generalsekretärin <i>Parteiführung, Red. ZW, FK, Programm- u. Satzungskommission</i>	Giese, Margret	Fontaneweg 36 38304 Wolfenbüttel	Tel. 0 53 31/90 45 25 Fax 0 53 31/9 49 50 95	margret-giese@ tierschutzpartei.de
Stellv. Generalsekretär <i>Unterstützung bei internen Leitungsaufgaben</i>	Bode, Michael	Neue Krugallee 22 12435 Berlin	Tel. 01 76/24 08 75 34	michael-bode@ tierschutzpartei.de
Beisitzer <i>BAK Altern. Energien, Programm- u. Satzungskommission</i>	Dr. Ritz, Thorsten	Sonnbergsweg 2 36369 Lautertal	Tel. 0 66 43/91 83 84	thorsten-ritz@ tierschutzpartei.de
Beisitzer <i>AG PR & Wahlen, Sonderaufgaben</i>	Zemke, Andreas	Duisburger Straße 3 28199 Bremen	Tel. 01 72/91 69 02 9	andreas-zemke@ tierschutzpartei.de
Beisitzer <i>AG PR & Wahlen, Sonderaufgaben</i>	Buschmann, Martin	Postfach 1144 21629 Neu Wulmsdorf	Tel. 0 40/70 04 57 7 Fax 0 40/70 04 57 7	martin-buschmann@ tierschutzpartei.de
Beisitzer <i>AG PR & Wahlen, Sonderaufgaben</i>	Ehlers, Kenneth	Ebereschenstraße 4 15517 Fürstenwalde	Tel. 0 33 61/30 76 10	kenneth-ehlers@ tierschutzpartei.de
Beisitzerin <i>BAK Jagd, FK, Sonderaufgaben</i>	Conrad, Kristine	Deichhöfe 12 34369 Hofgeismar	Tel. 0 56 71/50 01 90	kristine-conrad@ tierschutzpartei.de
Beisitzerin <i>Betreuung LV-HPs, Programm- u. Satzungskommission</i>	Kuppinger, Petra	Richard-Schirmann-Str. 14/624 55122 Mainz	Tel. 0 61 31/67 83 32	petra-kuppinger@ tierschutzpartei.de
Beisitzerin <i>AG PR & Wahlen, Sonderaufgaben</i>	Mayer, Erna	Am Angelbach 4 65520 Bad Camberg	Tel. 0 64 34/90 63 28	erna-mayer@ tierschutzpartei.de
Beisitzer <i>BAK Vegetarismus & Gesundheit, int. Kommunikation</i>	Schuchart, Günter	Schrotebogen 17 39126 Magdeburg	Tel. 0 17 7/33 11 44 9	guenter-schuchart@ tierschutzpartei.de
Beisitzerin <i>Red. ZW, Sonderaufgaben</i>	Gerhardt, Franziska	Luckenbachweg 2 79115 Freiburg	Tel. 0 76 1/55 59 63 1	franziska-gerhardt@ tierschutzpartei.de

Info-Material

Zusendung des gewünschten Materials gegen Unkostenerstattung über die Bundesgeschäftsstelle. Aufnahmeanträge zu beziehen über die Bundesgeschäftsstelle oder als Download über die Partei-Homepage (www.tierschutzpartei.de/Mitgliedschaft.htm).

1. Grundsatzprogramm
2. „Positionen“ – Partei ergreifen, damit die Zukunft eine Chance hat
3. „Neue Esskultur“ – Mit gutem Gewissen das Festtagsmenü genießen
4. „Tierversuche“ – Kulturschande des 21. Jahrhunderts
5. „Tierschutz“ – Stark für Tierschutz und Tierrechte
6. „Deine Stimme den Stimmlosen“
7. „Thunfisch“ – Zuerst stirbt das Meer, dann der Mensch
8. „Agrar-Subventionen“ – Schluss mit der Verschwendung von Steuergeldern
9. „Klima“ – Retten, was zu retten ist
10. „Stierkampf“ – Legalisierte Perversion in Europa
11. „Pelztiere“ – Fakten, die Sie wissen sollten!
12. „Jagd ist Out“ – Richtigstellung der Hubertuslegende
13. NEU: „Haustierabschuss“ – Vom Gesetzgeber toleriert
14. „6 Gründe gegen Fleischkonsum“ (Plakatserie und Flugblatt A 5)

Vorsitzende der Landesverbände

Landesverband	Funktion	Nachname	Vorname	PLZ/Stadt	Straße	Telefon/Fax	E-Mail
Baden-Württemberg	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Holst	Ingeborg	73099 Adelberg	Postfach 1136	07166/1480 07166/9139030	ingeborg-holst@tierschutzpartei.de
Bayern	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Nauheimer	Barbara	82211 Herrsching	Weinberg 15	08152/925326 08152/925327	barbara-nauheimer@tierschutzpartei.de
Berlin	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Marx	Michael	10829 Berlin	Hochkirchstr. 12	030/77008910 030/77008911	berlin@tierschutzpartei.de
Brandenburg	Vorsitzender	Ehlers	Kenneth	15517 Fürstenwalde/Spree	Ebereschensstraße 4	03361/307610	kenneth-ehlers@tierschutzpartei.de
Hamburg	Vorsitzende	Jung	Bettina	21279 Wenzendorf	Am Schulberg 15	04165/224859 04165/224869	bettina-jung@tierschutzpartei.de
Hessen	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Rust	Christa	60320 Frankfurt/M.	Eschersheimer Landstraße 280	069/5602163	christa-rust@tierschutzpartei.de
Niedersachsen	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Giese	Margret	38304 Wolfenbüttel	Fontaneweg 36	05331/904525 05331/9495095	margret-giese@tierschutzpartei.de
Nordrhein-Westfalen	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Siethoff	Michael	58638 Iserlohn	Rahmenstraße 10	02371/52330	michael-siethoff@tierschutzpartei.de
Rheinland-Pfalz	Vorsitzende & Geschäftsstelle	Kuppinger	Petra	55122 Mainz	Richard-Schirrmann-Str. 14/624	06131/67833	petra-kuppinger@tierschutzpartei.de
Saarland	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Eck	Stefan Bernhard	66111 Saarbrücken	Preußenstraße 62	0681/9403207 0681/9403205	stefan-eck@tierschutzpartei.de
Sachsen	Vorsitzender	Hantzsche	Andreas	01909 Großharthauschmiedefeld	Dörfel 6	035954/52122	andreas-hantzsche@tierschutzpartei.de
Sachsen	Geschäftsstelle	Noack	Inge	09306 Breitenborn	Breitenborner Straße 17	034346/61475	inge-noack@tierschutzpartei.de
Sachsen-Anhalt	Vorsitzender & Geschäftsstelle	Fassl	Josef	39104 Magdeburg	Haecckelstraße 10	0391/56390846 0391/6077283	bettinafassl@aol.com
Schleswig-Holstein	Vorsitzender	Bose	Sascha	Erreichbar über die Adresse der Bundesgeschäftsstelle!			
Thüringen	Vorsitzender & Geschäftsstelle	von Fehr	Harald	99867 Gotha	Tütteleber Weg 13	03621/400766 03621/506611	harald.von-fehr@tierschutz-union.de

Informationen zu den Bundesarbeitskreisen sind bei der Bundesgeschäftsstelle zu erhalten.

WICHTIGER HINWEIS:

Wir haben bei der Ethikbank (www.ethikbank.de) ein neues Geschäftskonto eingerichtet. Ab sofort bitte alle Überweisungen nur noch auf dieses Konto vornehmen und bestehende Daueraufträge entsprechend ändern.

Bundesschatzmeisterei:

Christine Engelschall
Hochbrückenstraße 8
80331 München
Tel. 089/25548801
Fax 089/25548002
christine-engelschall@tierschutzpartei.de

Ethikbank
BLZ: 830 944 95
Konto: 3 000 281

Bundesgeschäftsstelle:

Silvia Kerber
Haingrabenstraße 6
65843 Sulzbach am Taunus
Tel. 069/76809659
Fax 069/76809663
bundesgeschaefsstelle@tierschutzpartei.de
Bürozeiten:
Mo.-Fr. 9:00-13:00 Uhr

Bundesschiedsgericht:

Vorsitzender: Norbert May

Mitglieder- und Beitragsverwaltung:

Marita Holst-Gericke
Bühlweg 5, 73614 Schorndorf
Tel. 07181/9943161, Fax 07181/994002
mitgliederverwaltung@tierschutzpartei.de
Bürozeiten: Mo. - Do., 9 - 13 Uhr

Landesverbände in Aktion

Einige Beispiele der Aktivitäten unserer Landesverbände:



Landesverband Bayern

Seit Anfang des Jahres läuft in Bayern eine Kino-Aktion unserer Partei gegen das Schächten. Vor jedem Hauptfilm wird in drei Kinos in der Region Herrsching-Starnberg ein Video-Clip zum Schächten gezeigt und die Kinobesucher werden aufgefordert, sich an einer Unterschriften-Aktion gegen Schächten zu beteiligen, das per Ausnahmegenehmigung zulässig ist. Ziel dieser Kampagne, die vom Landesverband Baden-Württemberg initiiert wurde, ist es, Ministerin Ilse Aigner, die sich allem anderen als dem Tierschutz verpflichtet fühlt, im Sommer eine riesige Menge an Unterschriften zu übergeben. Sie wird darin aufgefordert, dieser tierquälerischen Schlachtmethode unverzüglich ein Ende zu setzen.

Am 31. März haben Mitglieder des LV Bayern in Nürnberg gegen die dortige Delfin-Haltung protestiert. *(Barbara Nauheimer)*



Landesverband Berlin

30.09.11: Teilnahme an einer Aktion des Bündnisses „Kaninchenmast – Nein Danke“ vor dem Bundeslandwirtschaftsministerium gemeinsam mit unserem Bundesvorsitzenden Stefan B. Eck.

08.10.11: Teilnahme am Berliner Event des „World Event to End Animal Cruelty“ (WEEAC; sinngemäß „Welttag gegen Tierquälerei“) vor dem Brandenburger Tor. Organisator war übrigens Michael Marx von Pfortenkrieger e.V., der seit Dezember unser neuer Landesvorsitzender ist. Unsere Partei hatte einen Redebeitrag, gehalten von Michael Bode.

17.11.11: Der LV Berlin hat eine Verfassungsklage gegen die 3%-Hürde bei den BVV-Wahlen (Bezirkswahlen) vor dem Verfassungsgerichtshof von Berlin eingereicht. Mit einem Urteil ist Mitte bis Ende 2012 zu rechnen. Die Chancen sind gut, da es ein Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) v. 2008 zur grundsätzlichen Verfassungswidrigkeit von kommunalen Sperrklauseln gibt. Sollte die Sperrklausel kippen, werden für einen Sitz in der BVV etwa 1,5 – 1,8% (faktische Hürde) nötig sein. Wir hätten dann gute Chancen, 2016 BVV-Sitze zu erringen. Bei den diesjährigen BVV-Wahlen in Tempelhof-Schöneberg haben wir 1,9% erzielt, so dass wir ohne Sperrklausel 1 Sitz errungen hätten.

14.12.11: Landesparteitag mit Vorstandswahlen. Artur Kalka, der sechs Jahre lang den Landesvorsitz führte, will zumindest die nächsten zwei Jahre erheblich kürzer treten und trat nicht mehr als Landesvorsitzender an. Michael Marx wurde zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Stellvertretende Vorsitzende bleibt Sabrina Bacholke, Schatzmeister ist nun Martin Schumann, Uwe Gorski bleibt Beisitzer.

17.12.11: Teilnahme an der Demo „Stoppt den Mord von Straßentieren – Fair play“ vor den Botschaften der Ukraine und Rumäniens.

10.01.12: Michael Marx vertritt uns beim „Berliner Forum Tierschutz“, welches vom Berliner Tierschutzbeauftragten geleitet wird.

16.01.12: Aktion vor der CDU-Zentrale zum aktuellen Thema Wildtierverschwendung in Zirkussen.



Aktion zum Wildtierverschwendung in Zirkussen vor der CDU-Zentrale

21.01.12: Teilnahme an der Großdemo „Wir haben es satt“ für eine andere Agrarpolitik. Unterstützt vom LV Niedersachsen und unserem Bundesvorsitzenden Stefan B. Eck war unsere Partei mit etwa 10 Mitstreitern und einem Infostand vor Ort. *(Artur Kalka)*



Landesverband Brandenburg

Der LV Brandenburg hat einen neuen Vorstand. Da die bisherigen Vorstandsmitglieder Marco Dehmel, Jörg und Cornelia Margraf ihre Ämter niedergelegt hatten, fand am 23.12.2011 im Zuge einer Mitgliederhauptversammlung eine Nachwahl statt. Astrid Suchanek wurde zur neuen Schatzmeisterin, Thomas Albert zum Beisitzer gewählt. Landesvorsitzender bleibt weiterhin Kenneth Ehlers. Durch die erfolgte Nachwahl hat der LV Brandenburg wieder einen funktionsfähigen Vorstand. *(Kenneth Ehlers)*



Landesverband Hessen

Das erste Quartal dieses Jahres war für den LV Hessen bestimmt von zwei großen Messeereignissen. Vom 24.02.-26.02.2012 fand in Wiesbaden wieder die Messe „Veggie-World“ statt (siehe Bericht auf S. 21) und von der Frühjahrsmesse in Kassel (siehe Bericht auf S. 22). Darüber hinaus demonstrierten Mitglieder des LV Hessen in Frankfurt bei der Aktion „Fair Play EM 2012 ohne Tiermorde“. *(Kristine Conrad)*



René Hartje am Messestand in Kassel



Landesverband Niedersachsen

Am 12.11.2011 fand in Braunschweig der Landesparteitag statt, auf dem ein neuer Landesvorstand gewählt wurde. Alte und neue Landesvorsitzende ist Margret Giese, stellv. Vorsitzende Sabine Pankau, Schriftführerin wurde Sabine Geisler, Schatzmeister blieb Martin Bothe. Als Beisitzer wurden gewählt: Danny Picken, Daniela Seibel und Harald Piltz.

Am 03.12.2011 beteiligten sich mehrere Mitglieder des Landesverbandes an einer Kundgebung gegen die Messe „Pferd und Jagd“ in Hannover.

Am 18.12. 2011 nahmen Harald Piltz, Sabine Pankau und Danny Picken an einer Faltblattverteilung vor dem Stadion von „Eintracht Braunschweig“ teil, wo sie der Presse Rede und Antwort zum Thema „Hundemord in der Ukraine zur Fußball-Europameisterschaft 2012“ standen.

Am 21.01.2011 nahmen Margret Giese, Sabine Pankau, Rosie Worgull, Marita Adler und Danny Picken zusammen mit anderen an der Demonstration „Wir haben es satt“ in Berlin teil.

Am 28.01.2012 verteilten einige unserer Mitglieder vor der Heimtiermesse in Hannover Informationsmaterial der „Aktionsgemeinschaft jagdfreie Natur“ und klärten die Besucher über die Gesetze auf, die den Haustierabschuss durch Jäger immer noch zulassen.



Margret Giese bei der Anti-Atom-Demonstration

Am 11. 03. nahm die Landesvorsitzende Margret Giese an einer 52 km langen Lichterkette im Raum Braunschweig teil, die sowohl an den Jahrestag der Katastrophe von Fukushima als auch an die Tatsache erinnern sollte, dass Niedersachsen als einziges Bundesland einer gefährlichen Häufung von Atom-Belastungen ausgesetzt ist (Asse II, Gorleben, Morsleben, Schacht Konrad).

Anlässlich der „Meat-Out“-Tage verteilten die Mitglieder Jennifer Gregor, Harald Piltz und Margret Giese am 16. 03. an einem Info-Stand in Braunschweig Faltblätter, die über die gravierenden Folgen des Fleisch-Konsums aufklären. Darüber hinaus wurden Unterschriften gegen das Schächten und Akkordschlachten gesammelt. *(Sabine Pankau/Margret Giese)*



Landesverband Nordrhein-Westfalen

Die Vorweihnachtszeit war nicht nur hektisch wegen der bevorstehenden „besinnlichen“ Tage, sondern auch wegen zahlreicher politischer Termine. Mitglieder des LV NRW protestierten gegen den Castor-Transport 2011 und saßen erst 15 Stunden bei Hitzacker mit anderen Demoteilnehmern auf den Schienen und verbrachten dann ca. 8 Stunden im illegalen „Polizeikessel“.

Beim „Tierischen Weihnachtsmarkt“ am 04.12.2011 in Bonn-Bad Godesberg war Information über unsere Schwerpunktthemen angesagt.

In der Zeit vom 08.-11.12.2011 machten wir uns mit dem Info-

stand auf nach Wien zum Tierrechtskongress. Dort trafen wir zahlreiche andere Parteimitglieder, stellten unsere Partei vor und nahmen an den Workshops, Diskussionsrunden und Vorträgen teil.

Am 18. 12. 2011 fand in Essen die traditionelle Fackelmahnwache für Versuchstiere statt, die dieses Jahr von uns angemeldet wurde.

Bevor das Jahr ausklang, trafen wir uns alle am 30.12.2011 zum Landesparteitag. Insgesamt 23 Personen folgten der Einladung, darunter 4 Gäste. Ein neuer Landesvorstand wurde gewählt; Details dazu sind auf unserer Homepage zu finden.

Zum Jahresbeginn 2012 gewann das Thema Welpenverkauf bei Zoo Zajac in Duisburg an Brisanz.



Mitgliederhauptversammlung des LV NRW in Duisburg

Am 23. Januar fand vor den Geschäftsräumen unter Beteiligung des LV NRW eine Demonstration gegen diese Art der Geschäftemacherei statt.

Am 26. Januar stand unser neuer Landesvorsitzender Siethoff in Bochum vor dem dortigen Landgericht als Beklagter. Ein sog. Gänseereiter wollte 6 000.- € Schmerzensgeld wegen der Verwendung von Fotos, auf denen er bei den Protestkundgebungen im Jahr 2011 zu erkennen war. Der Prozess endete mit einem Vergleich. Ein Schmerzensgeld wurde dem Menschen, der (extra getöteten) Gänsen aus Jux und Dollerei den Kopf abreißt, nicht gewährt.

Es folgten noch weitere Aktionen wie z.B. eine eigene Protestkundgebung am 04. Februar in Dortmund zum Thema Jagd, die Teilnahme an der Fair-Play-Aktion am 11. Februar und am 18. Februar die Proteste gegen das Gänseereiten 2012 in Bochum.

Was die Landtagswahl in NRW und unseren Wettlauf mit der Zeit zur Sammlung der Unterstützungsunterschriften betrifft, erfahren Sie auf Seite 35 dieser Ausgabe. *(Michael Siethoff)*



Landesverband Rheinland-Pfalz

Zum fünften Mal fand am Samstag, den 28. Januar 2012, in Wiesbaden eine Anti-Pelz-Demo mit ca. 200 Teilnehmern statt. Unsere Partei war durch den LV Rheinland-Pfalz, namentlich Udo Dautermann, Petra Kuppinger, Tanja Dörfler und Jörg Binder vertreten. Überschattet wurde die Veranstaltung durch eine am Rande stattfindende Anti-Israel-Kundgebung, die von der Polizei beendet wurde. Es bleibt zu hoffen, dass Demonstrationen im Tierrechts- und Tierschutzbereich nicht zukünftig als Plattform anti-israelischer Aktionen benutzt werden und die Veranstalter mit entsprechenden Maßnahmen reagieren.

Zur Unterstützung des Messeteams bei „VeggieWorld 2012“ waren auch Mitglieder des LV RLP in Wiesbaden; Landesvorsitzende Petra Kuppinger war zwei volle Tage im Einsatz.

Auch dieses Jahr gehörte die Partei Mensch Umwelt Tierschutz zu den Aufrufenden des Ostermarsches, der am Samstag in Wiesbaden unter dem Motto „Für eine Welt ohne Krieg, Militär und Gewalt“ stattfand. (Petra Kuppinger)



Landesverband Sachsen-Anhalt

Im November 2011 nahmen wir eine Einladung des KV Magdeburg der Piratenpartei an. In einer Diskussion debattierten wir über unsere Programme und mögliche Kooperationspunkte. In Hettstedt verhandelten wir mit Bürgermeister Danny Kavalier (CDU). Ziel war ein Übereinkommen im Umgang mit Fundtieren. Zumindest für die Zukunft konnten LV-Vors. Josef Fassl und Christine Brill eine Regelung erreichen. An Demos im Wendland (Castor, Endlager Gorleben), in Berlin („Wir haben es satt“) und gegen ACTA in Magdeburg nahmen unsere stellv. Vors. Rotraud Buch, David Körbl, Holger Schulz u. a. teil. Günter Schuchart vertrat die „Initiative Veggie-Tag“ auf der VeggieWorld.

In Havelberg besichtigten wir die Fortschritte in dem Objekt, das H. Schulz mit großem persönlichem Einsatz als Zweigstelle unseres LV vorbereitet.



Bettina Fassl und Holger Schulz bei der Besichtigung der geplanten Geschäftsstelle des LV Sachsen-Anhalt in Havelberg

Der 3. Runde Tisch unter unserer Leitung brachte wiederum Vertreter der Magdeburger Tierschutzvereine zusammen. Gemeinsam mit den Medien versuchen wir seit Monaten, die noch immer uneinsichtigen Stadträte und Behörden für die Einführung einer KatzenschutzVO nach dem Vorbild in Paderborn zu gewinnen.

Wiederum konnten wir unsere Standpunkte, u. a. zur Wildtierhaltung in Zirkussen, in die Medien bringen. Nach Abwanderung des Hr. Tietge zur SPD folgte Kritik von Journalisten, Vertretern anderer Parteien und Lesern der Zeitung Volksstimme an seinem Verhalten. Da er sein Mandat nicht an die Partei zurückgeben will, wurde nun vorzeitig mit der Planung zur Kommunalwahl begonnen.

Besonders stolz sind die Mitglieder auf die Preisverleihung an eines unserer Mitglieder zum „Altmärker des Jahres 2011“. Die Volksstimme-Leser ehrten Wolfram Hille wegen seines Engagements für Mitmenschen, Kirche und Tierschutz. Was diese Auszeichnung so besonders macht: Nicht irgendein Gremium, sondern

die Menschen im nördlichen Sachsen-Anhalt haben abgestimmt – und sich für unser langjähriges Mitglied entschieden.

(Bettina Fassl)



Landesverband Thüringen

Ein Fall unter vielen – Teil 3

Hier zum Thema noch die Pressemeldung der Lübecker Nachrichten unter der Überschrift:

„Streunende Hunde: Polizei überfährt wieder Tier auf A1“

Lübeck/Kiel – Tierschützer im Norden laufen Sturm gegen die Landespolizei, nachdem Beamte in Lübeck erneut auf der Autobahn 1 einen umherlaufenden Hund gezielt mit einem Streifenwagen totgefahren haben.

„Wir haben alles versucht, hatten allerdings keine Alternative“, rechtfertigt Jessica Wessel vom Landespolizeiamt in Kiel das Vorgehen ihrer Kollegen. Unterstützung bekommen die Beamten derweil vom Automobilclub ADAC. Autofahrer am Kreuz Lübeck meldeten per Notruf einen Schäferhund, der sowohl auf der A1 als auch auf der A20 herumliefe. „Wir haben sechs Streifenwagen losgeschickt, die trotz erheblicher Gefahr für die Beamten einen künstlichen Stau provozierten und das Autobahnkreuz sperrten“, sagt Wessel. Mehr als eine Stunde kam der komplette Verkehr zum Erliegen. „Die Kollegen haben alles Menschenmögliche getan, das Tier einzufangen“, versichert die Behördensprecherin. Vergebens: Die Polizisten fuhren schließlich den Hund gezielt tot. „Der Einsatz der Dienstwaffe war nicht möglich“, sagt Wessel. Leicht sei diese Entscheidung den Beamten nicht gefallen.

Doch genau dies unterstellen Tierschützer der Polizei, die erst Anfang Januar nach einem vergleichbaren Fall in die Kritik geraten war. Schlagzeilen machte der Vorfall, weil das Land der Besitzerin zunächst die Schäden am Streifenwagen in Rechnung stellen wollte. „Dieses rabiate Vorgehen hat Wildwest-Methode“, sagt Uwe Lässig vom Tierrettungsdienst im Norden. Anstatt den Hund zu jagen, hätte man ihn mit Fleisch oder Wurst ködern müssen. Lässig: „Mit Geduld und Geschick ist jedes Haustier von der Fahrbahn zu bekommen.“ Holger Sauerzweig-Strey, Landesvorsitzender des Deutschen Tierschutzbundes, zweifelt an der Verhältnismäßigkeit des Vorgehens: „Es ist mir unerklärlich, wieso es im Zeitraum von einer Stunde nicht möglich ist, auf einer gesperrten Autobahn einen Hund einzufangen.“

Der ADAC zeigt hingegen Verständnis für das Vorgehen der Polizei. „Natürlich muss die Polizei abwägen, aber letztlich zählt ein Menschenleben mehr als das eines Tieres“, sagt der Landesvorsitzende Max Stich. Immer wieder gebe es tödliche Unfälle, verursacht durch streunende Hunde auf den Straßen. „Die Verantwortung tragen allein die Besitzer der Tiere, entsprechend müssen sie auch bestraft werden“, fordert Stich.

Den Besitzer des getöteten Schäferhundes konnte die Polizei bislang nicht ermitteln. Das Tier habe weder einen Chip noch eine Tätowierung im Ohr gehabt. Indes werden im Norden derzeit auffallend häufig Hunde auf den Schnellstraßen gemeldet. (Von Bastian Modrow)

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe der ZeitenWENDE.

(Harald von Fehr)

Bericht über die Sondersitzung „Satzung“ in Frankfurt am Main



Diskussionen, Kompromisse, Resultate

Die Satzung der Partei Mensch Umwelt Tierschutz stammt aus dem Jahr 1993, dem Gründungsjahr der Partei. Sie wurde in großen Teilen der Satzung der ÖDP entlehnt, allerdings wurden etliche Passagen nicht übernommen, wie beispielsweise die im Parteiengesetz vorgesehenen Befugnisse des Bundesvorstandes oder die Ordnungsmaßnahmen gegenüber nachgeordneten Gebietsverbänden und andere wichtige Regelungen.

Auch die im Laufe der Jahre vorgenommenen Änderungen korrigierten diese Defizite nicht. Nach nunmehr fast 20 Jahren war es an der Zeit, unsere Satzung komplett zu überarbeiten. Die Satzungskommission hatte im Laufe des Jahres 2011 über Monate wieder und wieder an dem Entwurf gefeilt, bevor darüber mit den Landesvorsitzenden und mit delegierten Mitgliedern aus den Landesverbänden auf einer Sondersitzung diskutiert wurde.

Für die „Sondersitzung Satzung“ wurden 2 Tage angesetzt. Eingeladen waren je 2 Vorstandsmitglieder aus den Landesverbänden und dem Kreisverband Delmenhorst sowie je 2 Vertreter/innen der beiden Gremien Bundesvorstand und Satzungskommission. Von den Landesverbänden waren vertreten: Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen sowie der Kreisverband Delmenhorst. Brandenburg und Bremen hatten im Vorfeld ihre Zustimmung zum Satzungstext gegeben. Aus NRW kam eine Absage wegen Krankheit; der LV Sachsen konnte aus zeitlichen Gründen nicht teilnehmen. Der LV Berlin zog die gemachte Zusage kurzfristig wieder zurück.

Auf dem Programm standen neben der Satzung auch die relevanten Parteiordnungen. Die Entwürfe wurden den Landes-

vorständen bereits im August 2011 zugesandt, sodass genügend Zeit bestand, sich mit ihnen zu befassen.

Im Vorfeld gab es etliche Kontroversen, die in erster Linie darauf beruhten, dass die Landesverbände Baden-Württemberg, Berlin und Sachsen-Anhalt kritisierten, die Sitzung würde nicht nach demokratischen Spielregeln vonstattengehen. Aus diesem Grund nahmen die Vertreter/innen des LV Berlin nicht an der Sitzung teil, listeten aber schriftlich auf, welche Punkte geändert werden sollten. Diese Vorschläge wurden bei der Besprechung der Satzung berücksichtigt.

Am Anfang der Tagung stand eine längere Aussprache darüber, welche Gründe zu dem Konfliktpotential geführt hatten: Probleme wurden nicht in telefonischen Gesprächen aufgearbeitet und potenzierten sich durch hin und her gehende E-Mails. Es dürfe sich auch nicht wiederholen, was bei Bundesparteitagen an ehrverletzenden Bemerkungen über Bundesvorstandsmitglieder in die Öffentlichkeit getragen wurde. Am Ende der Veranstaltung waren sich die Teilnehmer/innen darin einig, dass man zukünftig fairer und objektiver miteinander umgehen solle.

Einige Neuerungen im Satzungsentwurf: Eine Qualitätssicherung der von der Partei herausgegebenen Materialien (Faltblätter, Flugblätter, Wahlkampfbroschüren, Wahl-

plakate etc.) ist vorgesehen, indem die AG „PR & Wahlen“ bei der Ausarbeitung bzw. Gestaltung von Druckerzeugnissen mit einbezogen werden soll. Der Entwurf der Finanzordnung beinhaltet etliche Pluspunkte; sie schafft mehr Rechtssicherheit und eröffnet neue Handlungsspielräume. Diese werden – sinnvoll genutzt – der Partei zweifellos zum finanziellen Vorteil gereichen.

Neu ist auch die Möglichkeit, Parteitage ggf. als Delegiertenpartei tage durchzuführen, wobei wie bisher alle Mitglieder eingeladen werden. Ein weiterer Vorteil eines Delegiertenpartei tages besteht auch darin, dass es rechtlich möglich ist, den Delegierten die Reise- und evtl. Übernachtungskosten zu erstatten. Da man hoffen darf, dass diese Erstattungen teilweise, wenn nicht sogar ganz, zurückgespendet werden, hat die Partei einen finanziellen Vorteil.

Am 25. August 2012, beim „Sonderpartei tag Satzung“, wird darüber entschieden, ob ein brauchbarer Satzungsentwurf entwickelt wurde, der nach kontroversen Diskussionen und Kompromissen bei der „Sondersitzung Satzung“ bereits seine erste Hürde genommen hat. Der schönste Lohn für die Bemühungen, eine Satzung zu schaffen, die die Partei voranbringt, wäre eine umfassende Zustimmung beim Sonderpartei tag. Man darf gespannt sein!

Margret Giese

Redaktion ZeitenWENDE



Auf dem 20. Deutschen Fleischkongress

In der Höhle der Löwen

Als ich im Herbst letzten Jahres eine Anfrage der LPV Media GmbH/Lebensmittelpraxis las, ob ich bereit wäre, beim 20. Deutschen Fleischkongress im Steigenberger Grandhotel Petersberg in Bonn, dem einstigen Gästehaus der Bundesrepublik Deutschland für hohe Staatsgäste, an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Nachhaltigkeit in der Fleischwirtschaft“ teilzunehmen, war ich schon etwas überrascht.

Ich sollte mich sechs Mitdiskutanten stellen – allesamt hochrangige Vertreter der Fleischwirtschaft (Rewe Group, Unternehmensgruppe Dohle, Westfleisch, Tönnies, Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomie der Universität Bonn, SLA GmbH). Warum sollte der Vorsitzende der Partei zu Wort kommen, die sich vehement gegen den Fleischkonsum und für eine vegetarisch/vegane Ernährungsweise ausspricht? Weil das „Kräfteverhältnis“ total unausgewogen war, schlug ich dem Veranstalter vor, wenigstens noch einen Vertreter „aus unserem Lager“ an der Podiumsdiskussion teilnehmen zu lassen; meine Wahl fiel auf Sebastian Zösch, den Geschäftsführer des Vegetarierbundes (VEBU). Man akzeptierte

meinen Vorschlag bereitwillig – wohl auch aus eigenem Interesse, um die Podiumsdiskussion glaubwürdiger erscheinen zu lassen.

Ich hatte zuvor drei volle Tage Messe „VeggieWorld“ in Wiesbaden und zwei Tage Frühjahrsmesse in Kassel hinter mir, von wo ich frühmorgens nach Bonn aufbrach. Als ich im Grandhotel Petersberg nach mehr als dreistündiger Autobahnfahrt eintraf und mir in meinem Luxuszimmer (bezahlt vom Veranstalter) nochmals das Zahlenmaterial über die enorm gestiegene Fleischproduktion 2011 in Deutschland als Vorbereitung für die anstehende Diskussion ansah, wurde mir klar, dass mit dem Begriff der Nachhaltigkeit im Zusammenhang mit der Fleischproduktion wohl nur die Nachhaltigkeit der Gewinne

gemeint sein konnte... Für mich stand fest: Ich musste die „Gegenseite“ davon überzeugen, dass es möglich ist, bei gleichbleibendem Gewinn die Produktionsmenge an Fleisch zu reduzieren. „Weniger Schlachtungen, weniger Tierleid und bessere Standards in der Tierhaltung zur Qualitätssicherung ihrer Produkte“ – mehr war nicht drin, denn mit Sicherheit waren die über 400 Besucher des Kongresses mit ethischen oder Umwelt- und Gesundheitsargumenten nicht zu überzeugen. Dass mir diese Minimalforderung als überzeugtem Tierrechtler Gewissensprobleme bereitere, dürfte klar sein, aber es galt, für die Tiere das Herauszuholen, was „realpolitisch“ machbar ist. Und so plädierte ich während der Podiumsdiskussion dafür, einerseits die Preise für Fleischprodukte durch gemeinsame Absprachen zu erhöhen, Klasse statt Masse zu produzieren und sich dies vom Verbraucher auch honorieren zu lassen. Andererseits riet ich dazu, auch die Alternativen zu Fleisch aus pflanzlichen Rohstoffen in die Produktionspalette aufzunehmen, da dieses Marktsegment zweistellige Zuwachsraten und dementsprechende Gewinne aufweist.

„Meine Damen und Herren, setzen Sie sich an einen Runden Tisch mit seriösen Umwelt- und Tierschutzorganisationen und mit unserer Partei als kompetentem Ansprechpartner, sprechen wir miteinander über höhere Standards in der Tierhaltung, erhöhen Sie gemeinsam Ihre Preise für Ihre Produkte – dies sind erste Schritt in die richtige Richtung. Und außerdem: Sie kennen den Satz von Michail Gorbatschow: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Die Unternehmen, die heute in Alternativprodukte investieren, machen morgen die großen Profite. Ich bin überzeugt davon, dass die Menschen aus vielerlei Gründen in naher Zukunft ihre Ernährungsgewohnheiten ändern und mehr pflanzliche Alternativprodukte nachfragen werden.“ Für dieses abschließende Plädoyer erhielt ich zustimmendes Kopfnicken und sogar Applaus – wer hätte das gedacht – und damit war auch das Eis gebrochen, und ich konnte im weiteren Verlauf des Kongresses mit etlichen Vertretern der Fleischindustrie aus dem Publikum noch recht positive, sogar sehr vertrauliche Gespräche führen und für meine Vorschläge Interesse wecken. Fazit eines Topmanagers: „Herr Eck, ich hatte über den Vorsitzenden der Tierschutzpartei eine andere Meinung, die ich revidieren muss. Mit Ihnen kann man reden!“

Stefan Bernhard Eck
Redaktion ZeitenWENDE

Literaturempfehlungen



Leo Tolstoj, Clara Wichmann, Elisée Reclus, Magnus Schwantje u.a.
Das Schlachten beenden!



Dr. Helmut F. Kaplan
Leichenschmaus

Mit diesem Buch wird die Geschichte des Vegetarismus und der Tierrechtsbewegung beleuchtet. Es ist eine Sammlung historischer Texte; die Autoren sind Leo Tolstoj (1828 bis 1910), der Anarchist Elisée Reclus (1830 bis 1905), der Sozialreformer Magnus Schwantje (1877 bis 1959), die Juristin und Frauenrechtlerin Clara Wichmann (1885 bis 1920) und Willi Eichler (1896 bis 1971). Sie alle engagierten sich im Zusammenhang mit ihren sozialistischen Ideen für den Vegetarismus und für ein Ende der Ausbeutung der Tiere.

Das Buch macht deutlich, dass der Tierrechtsgedanke eine lange Tradition hat. Zwar galt Gewalt gegen Tiere schon im alten Ägypten, in buddhistischen Kulturen und in der griechischen Antike als Verstoß gegen die Gerechtigkeit, aber im Europa der Neuzeit sprach sich erst der englische Sozialphilosoph Jeremy Bentham dafür aus, den moralischen Status der Tiere an ihre Leidensfähigkeit zu koppeln: „Die Frage ist nicht, können sie denken oder können sie reden, sondern können sie leiden.“

Vermutlich war dieser Gedankengang der entscheidende Anstoß für andere Vordenker. Willi Eichler, Mitbegründer des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes, war beispielsweise gegen jegliche Form der Ausbeutung und konsequenterweise auch gegen die Ausbeutung der Tiere. Der Internationale Sozialistische Kampfbund eröffnete sogar eigene vegetarische Restaurants und war damit seiner Zeit weit voraus.

Was die fünf Autoren eint und von vielen heutigen Autoren unterscheidet, ist, dass sie ihre Ernährungsweise nicht als persönlichen „Lifestyle“ ansahen, sondern als Teil einer revolutionären, gesellschaftsverändernden Praxis. Alle fordern ein Ende der Gewalt gegen Tiere als eine moralische und soziale Notwendigkeit.

Das Buch sollte jeder Tierschützer und Tierrechtler gelesen haben!

Barbara Nauheimer
Redaktion **ZeitenWENDE**

Im November 2011 erschien der Tierrechtsklassiker „Leichenschmaus“ in einer überarbeiteten 4. Auflage. Der Autor und Tierrechtsphilosoph Dr. Helmut F. Kaplan hält mit der durch wertvolle Anhänge ergänzten Fassung erneut ein Plädoyer für die Schwächsten in unserer Gesellschaft: die Tiere. Eine Neuauflage zur rechten Zeit, denn leider werden die Tiere in Diskussionen zum Thema Fleischkonsum paradoxerweise nur selten wirklich bedacht. Vielmehr stehen Gesundheit, Klimawandel und Umwelt im Vordergrund. Dabei sind es doch gerade die Tiere, die unter unserem dekadenten Lebenswandel leiden und durch den Gaumenschmaus um das uns allen gleichermaßen Wertvollste gebracht werden, nämlich um die Würde und letztlich um das Leben. Welche Gründe kann man anführen, das Mensch-Tier-Verhältnis grundlegend zu ändern?

Argumente, die Anhänger des grausamen Gaumenschmauses in Bezug auf den Wert des Fleisches als Bestandteil einer angeblich gesunden und vollwertigen Ernährung auch heute noch vorbringen, widerlegt Kaplan stichhaltig - ohne die Beleuchtung wissenschaftlicher Hintergründe zu vernachlässigen. Angst vor dem erhobenen Zeigefinger des Autors ist jedoch unbegründet. Zwar bedient er sich einer deutlichen Sprache und demonstriert sein Können in lupenreiner Argumentationsführung – letztlich baut er jedoch auf ein Erkennen des Einzelnen, denn nur das kann einen Paradigmenwechsel einleiten und die Situation der Tiere langfristig verändern. Das Buch ist nicht nur eine Lektüre für Menschen, die sich zum ersten Mal mit dem Thema Tierrechte befassen. Gerade jene, die den Weg zum Vegetarismus/ Veganismus bereits gefunden haben, werden bestärkt und finden neben vertiefenden Denkansätzen wertvolle Argumentationshilfen für ihre Ernährungsweise. Nicht zuletzt aus philosophischer Betrachtung ist das Werk zeitlos und sollte in keinem Bücherregal kritisch denkender Menschen fehlen.

Sandra Ott
Redaktion **ZeitenWENDE**

Leo Tolstoj, Clara Wichmann, Elisée Reclus,
Magnus Schwantje u.a.:
Das Schlachten beenden!
Verlag: Graswurzelrevolution, Münster, Taschenbuchausgabe,
192 Seiten, ISBN 978-3-939045-13-7
Preis: 14,90 Euro

Dr. Helmut F. Kaplan:
Leichenschmaus
Verlag: Books on Demand
4. Auflage 2011, Taschenbuch, 268 Seiten
ISBN10: 978-3-8448-7264-4, ISBN 13: 978-3844872644
Preis: 15,90 Euro

IMPRESSUM

Herausgeber und V.i.S.d.P.:

Partei Mensch Umwelt Tierschutz
- Tierschutzpartei -
Haingrabenstraße 6
65843 Sulzbach am Taunus
Tel.: 069/76 80 96 59
Fax: 069/76 80 96 63
info@tierschutzpartei.de
www.tierschutzpartei.de

Redaktionsleitung: Stefan B. Eck
Postanschrift: Stefan B. Eck
Preußenstr. 62, 66111 Saarbrücken
zeitenwende@tierschutzpartei.de

Redaktionsteam: Christine Engelschall,
Franziska Ute Gerhardt, Margret Giese,
Harry Harper, Sabine Jedzig, Bettina
Jung, Petra Kuppinger, Carsten Molitor,
Barbara Nauheimer, Sandra Ott, Sabine
Brigitte Pankau, Manuela Rollins, Fran-
ziska Schneider, Michael Siethoff, Dr.
Thorsten Ritz

Layout: C. Carius/www.claudiacarius.de

Lektorat: Margret Giese

Druck und Vertrieb:

Printec Offset Medienhaus
Ochshäuser Straße 45, 34123 Kassel
100% Recyclingpapier
Auflage: 1200 Exemplare
Erscheinungsweise: 3 Mal jährlich

Bank: Ethikbank, BLZ: 830 944 95,
Konto: 3 000 281

Rechtliches: Namentlich gekennzeich-
nete Artikel geben nicht unbedingt die
Meinung der Redaktion wieder. Wir be-
halten uns die Kürzung/Bearbeitung
von Artikeln vor. Für unverlangt einge-
sandte Manuskripte, Datenträger etc.
wird nicht gehaftet. Es ist nicht unsere
Absicht, durch unsere Beiträge zu Straf-
taten aufzurufen. Wir übernehmen kei-
ne Haftung für die Inhalte angegebener
Internet-Links. Nachdruck – auch aus-
zugsweise – nur mit Genehmigung der
Redaktionsleitung. Bei Nichterscheinen
infolge höherer Gewalt besteht kein
Entschädigungsanspruch. Alle Rechte
vorbehalten.

Redaktionsschluss: 30. Juni 2012

Unsere Restaurant-Empfehlung „Cassius-Garten“ - vegetarische Vollwertküche

Der Vorsitzende Stefan B. Eck war kürzlich anlässlich einer Besprechung mit Tier- und Menschenrechtlern in Bonn. Nach seiner Rückkehr berichtete er mir unter anderem auch vom Restaurant „Cassius-Garten“, das sich im Zentrum von Bonn, gleich gegenüber dem Hauptbahnhof befindet und in dem das Treffen stattfand. „Die Vielfalt des Angebots war enorm, Abwechslung wird hier großgeschrieben“, so Stefan B. Eck.

Das Restaurant „Cassius-Garten“ verfügt über einen äußerst informativen und übersichtlichen Internetauftritt; in einem Kurzfilm kann man sich auf einem virtuellen Rundgang das Café und das großräumige Restaurant ansehen. Letzteres erstreckt sich über zwei Etagen. Mit viel Liebe und Leidenschaft werden die vegetarischen und ve-



ganen Vollwertgerichte ideenreich und täglich frisch zubereitet. Vegetarier, Laktovegetarier sowie Veganer kommen hier voll auf ihre Kosten. Das Menü kann individuell zusammengestellt werden. Zur Auswahl stehen: 60 verschiedene Salate, 20 warme Gerichte, 10 frische Säfte und 8 Desserts. Ab 8 Uhr wird ein vollwertiges Frühstück geboten. Süßes zum Genießen gibt es an einer Kuchentheke im Erdgeschoss. Die neueste Kreation: „veganer Kuchen im Glas“, den man auch mit nach Hause nehmen kann. Ein Partyservice für Veranstaltungen ab 10 bis 3 000 Personen runden das sensationelle Angebot ab. *Sabine Jedzig*
Redaktion ZeitenWENDE

„Cassius-Garten“

SB-Vollwertrestaurant in der Bonner
Cassius-Bastei
Maximilianstr. 28d, 53111 Bonn
Tel.: 0228/65 24 29, Fax: 0228/65 71 61
www.cassiusgarten.de

Öffnungszeiten: Café: Mo. bis Sa. von 8:00
– 20:00 Uhr, Restaurant: Mo. bis Sa. 11:00
– 20:00 Uhr. An Sonn- und Feiertagen ge-
schlossen.

Das vegane Rezept Vegane Karotten-Ingwer-Suppe mit Kokosmilch

Eine Delikatesse mit exotischer Note, die man unbedingt ausprobieren sollte!

Zutaten für 4 Personen:

500 g Karotten
4 kleine Kartoffeln, mehlig kochend
5 cm frischer Ingwer
1 kleine Zwiebel, grob gehackt
1 ½ Liter Gemüsebrühe
125 ml Orangensaft
½ Dose Kokosmilch, ca. 200 g
3 TL Currypulver
1 TL Cayennepfeffer
Salz und Pfeffer
Rapsöl oder Sonnenblumenöl
Koriandergrün oder Petersilie

Zubereitung: Karotten und Kartoffeln schälen und in kleine Stücke schneiden. Den Ingwer schälen und in Scheiben schneiden. Zuerst die Zwiebeln in Öl in einem Topf anschwitzen, dann Karotten, Ingwer und Kartoffeln dazugeben und kurz mit an-

schwitzen. Mit der Gemüsebrühe aufgießen und ca. 25 Minuten köcheln lassen, bis die Kartoffeln weich sind. Die Suppe vom Herd nehmen und mit dem Mixer pürieren. ½ Dose Kokosmilch, den Orangensaft, Curry und Cayennepfeffer dazugeben und noch einmal mixen. Mit Salz und Pfeffer abschmecken und kurz erhitzen. Zum Servieren die Suppe in Tassen oder Teller füllen und mit fein gehacktem Koriandergrün oder Petersilie bestreuen. *Sabine Jedzig*
Redaktion ZeitenWENDE



Leser/innenbriefe

Die Redaktion behält sich vor, Leser/innenbriefe zu kürzen.

Zwei Leserbriefe zu: „Das Oberhaupt der katholischen Kirche auf Staatsbesuch in Deutschland“ (ZeitenWENDE Ausgabe 42)

Anmerkung: Die Autorinnen des ersten und zweiten Leserbriefes sind katholischen Glaubens.

Liebe Frau Margret Giese, nun bin ich schon einige Jahre Mitglied der Tierschutzpartei. In allem, was Sie bisher in der ZeitenWENDE an tierschützerischen Publikationen veröffentlicht haben, stehe ich voll und ganz hinter Ihnen; ja, ich freue mich sehr über Ihren engagierten und kompromisslosen Einsatz zum Wohl unserer Tiergeschwister.

Sehr bestürzt bin ich jedoch über Ihren Kommentar anlässlich des Deutschlandbesuches unseres Papstes Benedikt. Dieser Artikel trieft nur so von billigster Polemik und bedient in trauriger Weise nur den Zeitgeist. Es ist erschreckend erkennbar, dass Sie keinerlei tieferes, wirkliches Wissen bez. des kath. Glaubens haben, sich aber trotzdem anmaßen, (und glauben) hier sozusagen kompetent urteilen zu wollen.

Liebe Frau Giese, bleiben Sie bitte beim Thema Tierschutz, dafür kann ich Ihnen Achtung und Respekt zollen.

(Ingeborg Schumacher, Berlin)

Nach Papst Benedikt, dem „Stellvertreter Gottes“ und „Erleuchteten vom Hl. Geist“ dürfen wir alle unsere aufgenommenen Tiere weder lieben noch Geld ausgeben für Futter, Tierarzt etc. Wunderbar! Wie sich das deckt mit den endlich laut gewordenen Schandtaten seit eh und je an Kindern! Herzenshärte, die Christus selbst seinen Jüngern immer wieder vorwarf.

Nach aramäischen Urtexten (Nationalbibliothek Paris) hat Christus sehr wohl immer wieder eindeutig für die Tiere Stellung genommen – das ist ja gerade seine allumfassende Liebe! Nun, wir wissen, dass die Bibel viele Male übersetzt wurde. Aber

damals und später bis heute haben sich die Kirchenoberen nur für Auslegungen zum Eigenwohl entschieden. Es ist zu viel, was Papst Benedikt und die Anderen noch lernen müssen. Drum packen wir's an und haben doch den Mut z. B. zu einem Plakat „Wir sind nicht gegen Juden und den Islam, aber gegen das Schächten von Tieren“, dass endlich gemeinsam öffentlich etwas getan wird.

Übrigens wurden meine Briefe an den Vatikan bez. Stierkampf usw. nie beantwortet!

(Ingeborg Kandl mit Schwestern Edda Huber und Anita Grill, drei Mitglieder aus Seefeld)

Leserbrief zu „Würde der Arbeit“ (ZeitenWENDE Ausgabe 42)

Mit Freude habe ich zur Kenntnis genommen, dass auch Frau Merkel mittlerweile den Arbeitseinsatz der Bevölkerung mit einem Mindestlohn „belohnen“ will. Die Hochrechnung im Artikel, dass man 45 Jahre lang 9,30 Euro brutto verdienen muss, um in den Bereich der Grundsicherung zu kommen, ist allerdings alarmierend. Ich bin Jahrgang 1938, habe mit 25 bzw. 26 Jahren meine beiden Söhne bekommen und mit 30 Jahren wieder angefangen, halbtags zu arbeiten. Ein paar Jahre später ging ich wieder zur Ganztagsarbeit über und habe dies dann ohne Unterbrechung bis zu meinem Renteneintritt beibehalten. Seit ungefähr 30 Jahren lebe ich geschieden in München. Eigentlich ein ganz normaler Lebenslauf.

Das Problem ist aber Folgendes: Wenn ich nicht das außerordentliche Glück gehabt hätte, kurz vor der Rente in eine günstige Firmenwohnung einzuziehen, dann wüsste ich heute wohl nicht, wovon ich „in Würde“ leben sollte. Die Realität ist doch die, dass viele Berufstätige bereits während ihres Arbeitslebens finanziell nicht über die Runden kommen. Wovon sollen dann in Zukunft die Rentner leben? *(Inken Wester, München)*



Liebe Parteimitglieder,

die Bundestagswahl 2013 rückt näher und damit auch die Notwendigkeit, an das relevante Wahlkampfmaterial zu denken: Wahlprogramm, Faltblätter, Wahlplakate, Aufkleber und nicht zuletzt Funk- und Fernsehspots. Es braucht nicht betont zu werden, dass ein professioneller Wahlkampf mit erheblichen Kosten verbunden ist.

Unser Wahlkampfbudget ist leider relativ begrenzt, sodass wir natürlich auch – wie andere Parteien - auf Spenden angewiesen sind. Aus diesem Grund wären wir Ihnen sehr dankbar, Sie würden uns im Rahmen Ihrer Möglichkeiten mit Spenden speziell für die Bundestagswahl 2013 bedenken. Jeder noch so kleine Betrag hilft uns!

Zur Erinnerung noch einige Fakten über die Steuerabzugsfähigkeit: Sie beträgt für Alleinstehende 50 % des Spendenbetrags bis zu einem Höchstbetrag von 1 650,- Euro. Für weitere gespendete 1 650,- Euro würde die Steuerminderung – dem persönlichen Steuersatz entsprechend – zwischen 18 % und 42 % betragen. Ehepaare können 3 300,- Euro mit einer ebenfalls 50%igen Steuerabzugsfähigkeit spenden. Bei einer Verdoppelung der Spende wird verfahren wie für Alleinstehende beschrieben.

Im Voraus vielen Dank!

Christine Engelschall
Redaktion ZeitenWENDE

Vorgezogene Landtagswahl am 13. Mai 2012 in NRW

Ein *Wettlauf* mit der Zeit ...

Am 14. März 2012 hatte sich der nordrhein-westfälische Landtag aufgelöst. Das rot-grüne Regierungsbündnis unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hatte ihren Haushalt nicht durch den Landtag gebracht; die Abstimmung scheiterte an der Zustimmung durch die Oppositionsfraktionen von CDU, FDP und der Linkspartei, die geschlossen gegen den Einzeletat des Innenministers stimmten.

Damit fiel automatisch der NRW-Haushalt 2012 durch. Hannelore Kraft hatte schon im Vorfeld der Haushalts-Abstimmung angekündigt, im Falle einer Ablehnung – nach nur 22 Monaten Regierungszeit von Rot-Grün – Neuwahlen anzusetzen.

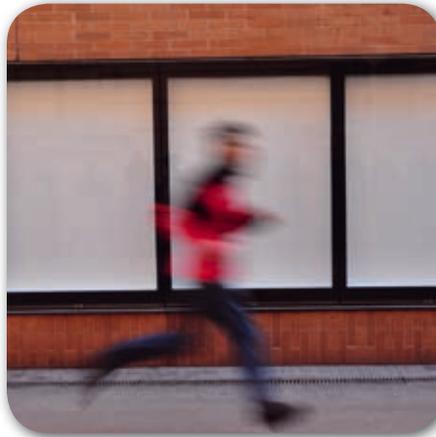
Das Landeswahlgesetz sieht eine Neuwahl innerhalb von 60 Tagen vor, was für den Landesverband Nordrhein-Westfalen der Partei Mensch Umwelt Tierschutz zu schier unlösbaren Problemen führte. Dass wir an dieser Neuwahl teilnehmen wollten, stand für uns von vornherein fest. Da es sich jedoch um eine außerplanmäßige Neuwahl mit stark verkürzten Fristen handelt, mussten wir innerhalb von nur 5 Werktagen 1000 Unterstützungs-Unterschriften sammeln und von den jeweiligen Kommunen, in deren Zuständigkeitsbereich die Unterschriftsleistenden ihren Wohnsitz haben, bestätigen lassen. Die 1000 beglaubigten Formulare mussten spätestens am 10. April 2012 bei der NRW-Landeswahlleiterin abgeben werden.

Wer schon einmal für unsere Partei Unterstützungs-Unterschriften gesammelt hat, kann sich eine Vorstellung davon machen, was wir uns vorgenommen hatten. Es war ein Wettlauf mit der Zeit!

Auf der eilig einberufenen Mitgliederhauptversammlung-Versammlung des Landesverbandes NRW am 30. März 2012 in Duisburg erstellten wir eine Landesliste und erhielten am Samstag, den 31. März 2012 die Unterstützungs-Formblätter vom Büro der Landeswahlleiterin. Die diesbezüglichen Absprachen mit dem zuständigen Mitarbeiter bewirkten diese außergewöhnlich schnelle Zusendung der Formblätter. Sie wurden noch am gleichen Tage an alle Parteimitglieder in NRW versandt. In den sogenannten sozialen Netzwerken – vor allem in Facebook – riefen wir unter dem Slogan „1000 Stimmen für den Tierschutz in NRW“ dazu auf, uns zu unterstützen. Über eine Woche lang veranstalteten wir Infostände u. a. in Essen, Iserlohn, Dortmund und Duisburg.

Was folgte, waren tolle Reaktionen! Wir bekamen unzählige Zuschriften und E-Mails, die uns bestärkten, das schier Unmögliche zu wagen: 1000 Unterstützungs-Unterschriften in 5 Werktagen.

Es blieb bis zum 10. April spannend. Erst am Samstag, den 07. April 2012 hatten wir die Zahl von 1000 zumindest unterschriebenen Unterstützungs-Unterschriften zusammen. Vor allem unser



langjähriges Mitglied Ute Mischo wurde in herausragender Weise aktiv und sammelte fleißig. Natürlich waren noch viele andere Parteimitglieder, Freunde und Bekannte mit dem Sammeln beschäftigt, die hier nicht namentlich genannt werden.

Der Landesvorstand von Nordrhein-Westfalen möchte sich bei allen dafür bedanken, dass wir am 10. April den Wettlauf mit der Zeit gewonnen haben und 1119 beglaubigte Unterstützungs-Unterschriften bei der Landeswahlleiterin abgeben konnten. Natürlich sind wir alle sehr stolz auf diese enorme Leistung und hoffen, dass sich unsere

Anstrengungen gelohnt haben! Ob wir zur Wahl tatsächlich zugelassen werden, stand zum Redaktionsschluss noch nicht eindeutig fest, aber wir sind guter Dinge!

Michael Siethoff

Redaktion ZeitenWENDE

Gratulation für eine außergewöhnliche Leistung

Als ich von dem Vorhaben des Landesverbandes NRW erfuhr, an der vorgezogenen Landtagswahl teilzunehmen, konnte ich beim besten Willen nicht glauben, dass es möglich sei, innerhalb von nur 5 Werktagen die vorgeschriebene Anzahl von 1000 Unterstützungs-Unterschriften zu sammeln. In meinen Augen war dieser Wettlauf mit der Zeit einfach nicht zu gewinnen. Umso größer war die Freude, als ich von Michael Siethoff am 10. April telefonisch (er war gerade auf dem Weg zur Landeswahlleiterin, um die Unterstützungs-Unterschriften abzugeben) erfuhr, dass man es doch geschafft hatte.

Dem Landesvorsitzenden Michael Siethoff, den aktiven Mitgliedern des Landesverbandes NRW, den Helfer/innen aus Hessen sowie vielen anderen Aktiven gebührt mein Dank und meine uneingeschränkte Hochachtung für diese außergewöhnliche Leistung, die in die Parteigeschichte eingehen wird. Für den kommenden Wahlkampf und das Wahlergebnis drücke ich beide Daumen!

Stefan Bernhard Eck
(Bundesvorsitzender)



„Zu sagen, was ist, das ist und bleibt die revolutionäre Tat.“

(Rosa Luxemburg, deutsche Politikerin, 1871 – 1919)

Foto: aboutpixel.de / Coole Kitz © Kziiveo Oevnick

+++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++

Protestaktionen führen zum Erfolg

Einige Beispiele dafür, dass Bürgerproteste zu Erfolgen führen können: In Bolivien konnte der Bau einer Landstraße durch das Indianer-Schutzgebiet und den Nationalpark TIPNIS verhindert werden. In Kolumbien wurde die Ölsuche in den Korallenriffen der Karibik gestoppt. In Kambodscha wurde die Genehmigung zum Abbau von Titan in einem Regenwald- und Elefantengebiet abgelehnt. Die DEG-Bank aus Köln hat einen Millionen-Kredit für Industrieanlagen in Honduras in letzter Minute zurückgezogen. In Deutschland werden keine neuen Palmöl-Blockheizkraftwerke mehr errichtet. Die Bundesregierung hat Pflanzenöle endlich aus dem „Erneuerbare Energiengesetz“ (EEG) gestrichen. Und die EU hat eine Kennzeichnungspflicht für Palmöl und andere Pflanzenöle eingeführt. Die Verbraucher können damit leichter schädliche Inhaltsstoffe erkennen und die Produkte meiden.

(Quelle: AFP)

Partei für Tierrechte in der Türkei gegründet

Mitte März 2012 wurde die „Tier-Partei“ in der Türkei gegründet, dem ersten asiatischen Land, das nun über eine „Tierschutzpartei“ verfügt. Gründungsmitglied Neslihan Demir erklärte die Ziele der Partei wie folgt: „Hier geht es nicht einzig darum, für Tierliebe zu werben, sondern auch darum, daran zu erinnern, dass wir Menschen nicht allein auf diesem Planeten leben. Wir leben mit Tieren zusammen und diese genießen ebenfalls Rechte.“

(Quelle: Deutsch Türkische Nachrichten/17.03.2012)

Schweiz verbietet Delfinhaltung

Der Schweizer Ständerat hat den Import von Delfinen und Walen verboten. Dies bedeutet langfristig das Aus für das Delfinarium im Vergnügungspark Connyland – das einzige in diesem Lande.

(Quelle: PM des WDSF vom 14.03.2012)

Großer Erfolg in Griechenland

Die griechische Regierung verbot am 03. Februar 2012 als erstes europäisches Land alle Tiere in Zirkussen. Die internationale tätige Tierschutzorganisation VIER PFOTEN wertete diesen Vorstoß als großen Erfolg für den Tierschutz. VIER PFOTEN forderte von der deutschen Regierung nun ebenfalls ein zügiges Verbot für Wildtiere in Zirkussen. Im November 2011 hatte der Bundesrat bereits zum zweiten Mal verlangt, verschiedene Wildtierarten im Zirkus zu verbieten.

(Quelle: Pressemitteilung vom 03.02.2012 von Vier Pfoten)

Lidl stellt Hummer-Verkauf ein

Auf Anregung der Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt hat sich Lidl in Deutschland entschlossen, im Jahr 2012 keine Hummer mehr anzubieten. Die Stiftung rief auch andere Unternehmen des Lebensmitteleinzelhandels auf, sich diesem Vorbild anzuschließen. Lidl setzt mit dem Verkaufsstopp von Hummern ein Signal für die ganze Branche. „Wir werden jetzt mit den anderen Lebensmitteleinzelhändlern Gespräche führen, um eine breite und dauerhafte Auslistung des tierquälerischen Produkts zu erreichen“, berichtete Rechtsanwalt Wolfgang Schindler, Präsident der Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt.

(Quelle: Pressemitteilung vom 09.02.2012 der Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt)

Brüssel will Verfahren wegen Käfigeiern einleiten

Länder, in denen noch immer Legehennen in Käfigen gehalten werden, bekommen Ärger aus Brüssel: Der für Verbraucherschutz zuständige EU-Kommissar John Dalli kündigte am Donnerstag in Brüssel an, dass in den „kommenden Tagen“ Verfahren wegen Verstoßes gegen EU-Recht eingeleitet werden. Seit dem 1. Januar ist die Käfighaltung von Legehennen in allen EU-Ländern verboten.

(Quelle: msn.Nachrichten /19. Januar 2012)

Anmerkung der Redaktion: Leider wurde in diesem Zusammenhang verschwiegen, dass Hennen weiterhin ihr Leben in Käfigen fristen müssen, und zwar in – schönverfärblich als „ausgestaltet“ bezeichneten – Käfigen, in denen sie mit bis zu ca. 40 Artgenossinnen zusammengepfercht dahinvegetieren.

Erster REACH-Tierversuch verhindert!

Die EU-Chemikalienrichtlinie REACH sieht vor, dass Tausende Alt-Chemikalien auf ihre Giftigkeit getestet werden müssen - größtenteils in Tierversuchen. Für einen Teil der geplanten Tierversuche müssen die Herstellerfirmen Anträge an die Chemikalienbehörde ECHA einreichen. Diese werden 45 Tage auf deren Internetseite veröffentlicht, um von Dritten kommentiert werden zu können. Toxikologie-Experten des bundesweiten Vereins Ärzte gegen Tierversuche (AgT) und seines europäischen Dachverbandes, der Europäischen Koalition zur Beendigung von Tierversuchen, prüfen, ob die geforderten Daten nicht schon vorhanden sind oder mit tierversuchsfreien Methoden gewonnen werden können.

Das Projekt kann jetzt seinen ersten Erfolg verbuchen. Für die Chemikalie Pentasodium Triphosphate, die unter anderem in Haushaltsprodukten, Kosmetika, Nahrungsmitteln oder Industriematerialien vorkommt, konnte dank der Kommentierungen erreicht werden, dass ein Inhalationstest an 120 Ratten in einem 90 Tage dauernden Versuch nicht durchgeführt wird.

(Quelle: Ärzte gegen Tierversuche e.V./23.12.2011)

4000 Anti-Stierkampf-Aktivistinnen in Paris

Trotz der eisigen Kälte protestierten am 11.02.2012 in Paris über 4000 Anti-Stierkampf-Aktivistinnen mit einem 6 Kilometer langen Demo-Zug gegen den Stierkampf. Der Protestmarsch, an dem 188 Tierschutzorganisationen aus Frankreich und dem Ausland teilnahmen, endete vor dem Gebäude der Nationalversammlung. Die Protestierenden verlangten die Rücknahme der Erklärung des Stierkampfes zum Nationalen Kulturgut in Frankreich und von der Justiz Gerechtigkeit für 95 Aktivistinnen, die am 08. Oktober 2010 in Rodilhan von Stierkampffans angegriffen wurden. Auch forderten sie die Kandidaten der Präsidentschaftswahl auf, endlich zum Stierkampf Stellung zu beziehen. Diese Demo war ein historisches Ereignis, weil sich noch nie so viele Menschen in Frankreich gegen den Stierkampf versammelt hatten.

(Quelle: Anke und Karl Daerner aus Südfrankreich/www.stop-corrida.info)

+++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++ POSITIV-NACHRICHTEN +++